

Wöchentlich 70 Wfr. monatlich 2. — R. im voraus zahlbar. Postbezug 3.72 R. enthält Belegzettel. Zustandsgebühren 0.50 R. per Roman.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Welt und Zeit“ und „Linderfreund“, Ferner Unterhaltung und Wissen, „Frauenstimme“, „Technik“, Bild in die „Sicherheit“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einzige politische Kampfbroschüre 40 Pfennig. „Kleine Angelegenheiten“ das letzte Heft des Wortes 25 Pfennig. „Lustige Geschichten“ das erste Heft 15 Pfennig. „Lustige Geschichten“ das zweite Heft 15 Pfennig. „Lustige Geschichten“ das dritte Heft 15 Pfennig. „Lustige Geschichten“ das vierte Heft 15 Pfennig. „Lustige Geschichten“ das fünfte Heft 15 Pfennig. „Lustige Geschichten“ das sechste Heft 15 Pfennig. „Lustige Geschichten“ das siebte Heft 15 Pfennig. „Lustige Geschichten“ das achte Heft 15 Pfennig. „Lustige Geschichten“ das neunte Heft 15 Pfennig. „Lustige Geschichten“ das zehnte Heft 15 Pfennig.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Tüchelt 297-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depotkassa Lindenstr. 3

Hungerblockade gegen die Städte!

Die politischen Absichten der Deutschnationalen.

Das wahre Gesicht

Deutschnationaler Wahlaufruf Nr. 3 und Nr. 4.

Die Deutschnationale Volkspartei schiebt ihren Wahlauf-rufen Nr. 1 und Nr. 2 zwei weitere Aufrufe Nr. 3 und Nr. 4 nach.

Nr. 3 bildet das Kernstück; er enthüllt die wahren poli-tischen Ziele der Deutschnationalen Volkspartei, er zeigt sie als Partei der rücksichtslosen großagrarischen Inter-essenvertretung. Zur Zoll- und Handels-politik fordert er:

„Grundtätliche Abkehr vom gegenwärtig noch maßgebenden handelspolitischen System mit dem Ziel eines tatsächlichen Ausgleichs der Handels- und Zahlungsbilanz;

Rückkehr zur autonomen Regelung der landwirtschaftlichen Zollfrage;

beschleunigte Vorbereitung eines dem zollpolitischen Rüstzeug anderer Staaten angepaßten neuen Zolltarifs; in der Zwischenzeit Ablehnung jedes neuen Handelsvertrages, der der Landwirtschaft neue Opfer auferlegt, und keine internatio-nalen Bindungen, die die Freiheit unserer Handelspolitik beengen; Aufhebung der Umsatzsteuerfreiheit für die Einfuhr von Agrarprodukten; wirksame veterinärpolizeiliche Maß-nahmen zum Schutze unserer Viehbestände gegen Seuchen-einfuhr; gleichmäßige Handhabung der Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes für In- und Auslandfleisch.“

Wiso: Abkehr von einer auf Abbruch der Zollschranken gerichteten Handelspolitik, lückenlose Hochschutzzoll-politik im Interesse der Großagrarier, restlose Sperrung der Grenzen gegen jede Lebensmittelfuhr, Preisdiktat der Großagrarier.

Keinlich brutal sind die deutschnationalen Steuer-forderungen:

„Begrenzung der Gesamtsteuerlast nach der Leistungs-fähigkeit der Wirtschaft, Zahlung von Steuern aller Art nur aus dem tatsächlichen Ertrag ohne Rückgriff auf die Substanz; Verteilung der Schul-, Straßen- und Strombaukosten auf tragfähigere und breitere Schichten. Uebernahme der persönlichen Schulden auf den Staat unter Abänderung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern, und Gemeinden; Einkommensteuer nach mehrjährigem Durchschnitt;

Berechtigung der Kommunen zur Erhebung von Zuschlägen zur Einkommensteuer und zur gleichmäßigen steuerlichen Erfassung jeht steuerfreier Einkommen;

Abbau der staatlichen Grundvermögenssteuer oder gleich-zeitiger Steuern; keine Wohnungsbauabgabe auf dem Lande, Abbau der Hauszinssteuer auf landwirtschaftliche Betriebs- und Wohngebäude in allen Ländern; keine Zugtier- und Gespann-steuer; Festsetzung der Steuern für nichtbuchführende Landwirte nicht über dem Durchschnitt der buchführenden Betriebe und unter voller Berücksichtigung des tatsächlichen Betriebsaufwandes; Verstärkung des Rechtsschutzes, namentlich gegen ungesetzliche Veranlagungen (Zu-stellungen, Fristen, Rechtsmittel) in Reich, Ländern und Gemeinden.“

Das bedeutet: Entlastung des Besitzes im größten Maß-stabe, namentlich auf dem Lande, dafür Belastung der städti-schen arbeitenden Massen: Besteuerung des steuer-freien Existenzminimums, steuerliche Erfassung der untersten Einkommensstufen, Erhöhung der Steuerlast der Arbeiterklasse!

Schließlich zur Sozialpolitik:

„Wir fordern:

Ueberprüfung der sozialen Versicherungsgesetzgebung

mit dem Ziel, jeglichen Leerlauf zu vermeiden, den unproduktiven Verwaltungsaufwand auf ein Mindestmaß herabzusetzen, ohne die notwendigen Leistungen zu vermindern; Verhinderung des Miß-brauchs der sozialen Versicherung durch Anpassung, insbesondere der Arbeitslosenversicherung, an die Eigenheiten des land-wirtschaftlichen Berufs.“

Wiso: Drosselung der Sozialpolitik, nament-lich auf dem Lande! Dafür wollen die Deutschnationalen sich für Verbesserung der Landarbeiterlöhne und der Land-arbeiterwohnungen einsetzen — aber nicht aus dem Profit der Großagrarier, sondern aus staatlichen Mitteln!

Die weiteren Absätze über Hebung von Erzeugung und Absatz, Kreditnot und Bodenpolitik entsprechen den bekannten Landbündelforderungen.

Aufruf Nummer 4 legt die Stellung der Deutschnationalen zur Verfassung dar. Er wendet sich gegen das Recht des Parlaments, das zugunsten einer Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten eingeengt werden soll.

In diesen beiden Aufrufen tritt das wahre Gesicht der Deutschnationalen hervor. Ihr allgemeiner Wahlauf-ruf, mit seinen verschwommenen allgemeinen Phrasen, ist dazu bestimmt, die städtische Bevölkerung über das wahre

Besien dieser Partei hinwegzutäuschen. Ihr Agrarprogramm aber zeigt, was sie wollen:

Bereicherung des Großgrundbesitzes auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land. Preisdiktatur auf dem Lebensmittelmarkt. Hungerblockade gegen die Städte und die industrielle Bevölkerung!

Die Deutschnationale Partei zeigt sich als Partei des trassesten Klassenegoismus der agrarischen Großbesitzes, als die Feindin der Massen des deutschen Volkes. Diese Partei muß am 20. Mai die wohlverdiente Niederlage erleiden!

Staatsgerichtshof gegen Reudell.

Eine wichtige Vorentscheidung. — Weitere Ländereinsprüche.

Die Freistaaten Sachsen, Baden, Oldenburg und Anhalt haben sich dem Einspruch von Preußen, Hessen, Braunschweig, Hamburg und Lübeck gegen das Reudellische Wahlmandat angeschlossen. Nur Bayern und Württemberg haben bisher dem Ersuchen Reudells stattgegeben.

Es steht bisher noch nicht fest, wann der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts sich mit dem Ein-spruch einzelner Länderregierungen gegen die jüngste partei-politische Aktion des deutschnationalen Innenministers be-schäftigen wird. Voraussetzungen geht die Beschwerde den üblichen Dienstweg, so daß mit einer Entscheidung erst kurz vor den Wahlen zu rechnen ist. Daran dürfte auch ein Antrag des Reichsinnenministers um dringliche Be-handlung nicht viel ändern. Bisher ist ein solcher Antrag noch nicht gestellt.

Aber was nicht ist, kann schließlich noch werden! Der gleiche Strafsenat des Reichsgerichts, der jetzt von meh-reren Ländern um eine Entscheidung angerufen worden ist, hat sich schon einmal mit dem „Roten Frontkämpferbund“ be-fassen müssen. Damals handelte es sich um eine Beschwerde dieses Bundes gegen ein Verbot und die Auflösung seiner Dortmunder Ortsgruppe durch den Oberpräsidenten von Westfalen. Diese Maßnahme war auf § 7 Ziffer 5 und § 14 Absatz 2 des Republiksschutzgesetzes gestützt.

Die gleichen Paragraphen will auch v. Reudell zur Durchführung seines Planes angewandt wissen. Auf Grund des § 7 Ziffer 5 wird unter Strafe gestellt, wer sich einer geheimen oder staats-feindlichen Verbindung anschließt, die selbst oder deren Mit-glieder Waffen besitzen. Ein Teil der Dortmunder Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes hatte sich unbefugt und ohne Waffenschein Waffen beschafft, weil Mitglieder der Ratio-nalisierungswirtschaftlichen Arbeiterpartei Dortmund ebenfalls ohne Waffenschein in den Besitz von Waffen gelangt waren.

Der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts hat trotzdem das Verbot der Ortsgruppe des Roten Front-kämpferbundes aufgehoben. In seiner Begrün-dung hebt er ausdrücklich hervor, daß ein Teil der Mitglieder ohne Waffenschein in den Besitz von Waffen gelangt ist. Es sei jedoch nicht erwiesen, daß die Mitglieder die Waffen im Interesse oder im Auftrag der Vereinigung beschafft hätten und der Waffenbesitz im Zusammenhang mit der Mit-gliedschaft zur Ortsgruppe Dortmund des Roten Front-kämpferbundes stünde. Infolgedessen sei der Tatbestand des § 7 Ziffer 5 des Republiksschutzgesetzes nicht erfüllt. Es sei ferner nicht erwiesen, daß die Ortsgruppe Dortmund des Roten Frontkämpferbundes andere strafbare Handlungen, die in den §§ 1 bis 8 des Republiksschutzgesetzes gekennzeichnet seien, verfolgt oder erörtert hätte. Infolgedessen sei das Verbot der Orts-gruppe Dortmund durch den Oberpräsidenten von Westfalen ungültig und auszuheben.

Herr v. Reudell wird demnach in Leipzig sicherlich mit einer Fülle von Material gegen den Roten Frontkämpferbund aufwarten und ebensoviel Material wird von der anderen Seite gegen den Stahlhelm beigebracht werden. Aber schwerere Beschuldigungen, als sie von dem Oberpräsidenten in Münster für sein Vorgehen angeführt werden konnten, dürften auch in der Materialmappe des Herrn v. Reudell

nicht enthalten sein. Der Tatbestand der verschiedenen Paragraphen des Republiksschutzgesetzes erscheint damit für seinen Plan von vornherein als nicht gegeben. Insofern hat der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts mit der vor drei Wochen gefällten Entscheidung sein Urteil über die parteipolitische Aktion des deutschnationalen Innenministers in gewissem Sinne schon vorweg gefällt.

Der Rotfrontkämpferbund demonstriert

Noch eine Enttäuschung für Herrn von Reudell!

Der Rote Frontkämpferbund veranstaltete gestern abend im Lustgarten eine Kundgebung gegen das von Reudell geplante Verbot. Die RFB-Mitglieder trofen sich in ihren Bezirken und marschierten gemeinsam zum Lustgarten. Die einzelnenzüge aus den Bezirken wiesen eine auffallend geringe Beteiligung auf. Auch der Lustgarten zeigte nicht das Bild wie bei den großen Aufmärschen der Arbeiterschaft. Lediglich der Platz vor dem Schloß und vor dem Dom waren einigermaßen besetzt. Obwohl auch die kommunistische Partei ihre Anhänger nach dem Lustgarten dirigiert hatte, war die Veranstaltung schwach besucht. Natürlich wandte sich die Haupthefte gegen die Sozialdemokratie — ganz nach der Absicht des Herrn von Reudell.

Allein — auch Herr von Reudell hat den Kommunisten den ersehnten Austrieb nicht geben können. Die Protest-kundgebung war ebenso eine Kundgebung der Schwäche wie die Rotfront-Kundgebung am vergangenen Sonntag. Darüber schrieb das linkskommunistische Reichsorgan:

„Am Sonntag eröffnete der RFB-Berlin mit einem Generalappell und Aufmarsch sämtlicher Abteilungen den „Balkampf“ der RFD. Die Gau- und Bundesstrategen waren sichtlich enttäuscht über den mäßigen Aufmarsch ihrer Mitglieder; wir zählten beim Aufmarsch genau 3600 uni-formierte RFB-Kameraden. Die Berliner Arbeit-erschaft hatte kein Interesse an dieser Demonstration gezeigt; nicht mehr als 3000 Arbeiter hatten sich außer den RFB-Kameraden in dem Lustgarten eingefunden. Die Gegnerobleute der Abteilungen berichteten, daß 50 Proz. der Abteilungen angetreten waren, demnach hat die Ortsgruppe Berlin nur noch 7500 Mitglieder. Das bedeutet ferner, daß der RFB in Berlin von im Bericht angegebenen 18000 Mitgliedern seit dem letzten Reichstreffen 10000 Kameraden verloren hatte!“

Wirrwarr in Frankreich.

Vor dem ersten Wahlgang.

V. Sch. Paris, 17. April.

Noch vor wenigen Wochen konnte man lesen, daß in etwa 300 von insgesamt 612 Einzelwahlkreisen Stichwahlen not-wendig sein würden. Heute wird sogar behauptet, daß kaum mehr als ein Fünftel der Abgeordneten am kommenden Sonntag bereits im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit gewählt werden dürfte, die restlichen vier Fünftel erst im zweiten Wahlgang am 29. April. Nichts kennzeichnet deutlicher die Konfusion und Zer-splünderung, die die besonderen Merkmale jenes Wahl-kampfes bilden, der zum erstenmal wieder nach 14 Jahren im Zeichen der Einmännerwahlkreise stattfindet. Die Preis-gabe des bisherigen Systems war eine Notwendigkeit, weil

es unter dem Vorwand der Verhältniswahl eine Art politisches Lotteriespiel eingeführt hatte, bei dem man sich Gewinnchancen nur durch die sonderbarsten Koalitionen sichern konnte. Ein wirklicher Proporz war infolge der prinzipiellen Gegnerschaft der Senatsmehrheit nicht zu erreichen. Daher war die Rückkehr zum System der Einzelwahlkreise immer noch das kleinere Übel. Unsere Genossen haben für dieses kleinere Übel gestimmt, und sie brauchen es nicht zu bereuen.

Aber das Übel ist schlimm genug. Denn die politischen Ideen sind in den Hintergrund gedrängt. Der Kampf zerfällt sich in Hunderten von Einzelkämpfen persönlicher und lokaler Art. Mit Ausnahme der Sozialisten und Kommunisten gibt es in Frankreich keine wirklichen politischen Parteien. Wer über das nötige Geld verfügt, kann unter irgendeiner bürgerlichen Spitzmarke kandidieren. Freilich, ein gewisser persönlicher Anhang ist schon notwendig, und sei es nur um ein „Komitee“ zu bilden, das auf den Wahlplakaten die Kandidatur des Herrn X empfiehlt. Aber auch dieser Anhang ist unter Umständen käuflich zu erwerben. Eine häufig wiederkehrende Spitzmarke lautet „candidat indépendant“, „unabhängiger Kandidat“. Unter diesem Rubrum treten alle möglichen Männer auf, die kein Reich kennt und die entweder von einem spösischen Stimmelschreiber befallen wurden oder die sich einfach auf Bestellung eines ernsthaften bürgerlichen Kandidaten ausstellen lassen, um einige hundert Stimmen abzuwickeln und dadurch einen zweiten Wahlgang zu erzwingen, bei dem sich alle möglichen Kombinationen bewerkstelligen lassen. Dann tritt der „unabhängige“ Scheinkandidat in einem öffentlichen Aufruf zu Gunsten des ernsthaften Kandidaten zurück. Für diesen ist das eine ganz gute Propaganda. Nur die wenigsten Wähler ahnen, daß es sich um ein abgekartetes Spiel handelt. Manchmal aber tritt so ein „unabhängiger“ Kandidat auf eigene Faust auf mit der einzigen Absicht, sich seinen Verzicht bei der Stichwahl möglichst teuer ablaufen zu lassen. Meistbietend...

Viel häufiger aber als die Spitzmarke „unabhängiger“ ist die Bezeichnung „Radikaler“. Wer will, nennt sich „Radikaler“, zuweilen auch „unabhängiger Radikaler“. Es gibt Wahlkreise, in denen drei oder sogar vier Männer als „Radikale“ kandidieren. Nun gibt es eine radikale Partei, keine Partei nach unseren strengen deutschen Begriffen, aber immerhin eine Art politische Organisation, die jahrzehntelang den stärksten Einfluß sowohl im bürgerlichen Mittelstand wie auch unter den Bauern besaß. Bei allen Wahlen seit 25 Jahren, mit Ausnahme der ersten Nachkriegswahlen von 1919, erlangten die Radikalen sogar bei weitem die stärkste parlamentarische Vertretung. Bei der Bildung von Regierungen waren sie bisher meist unentbehrlich. Aber gerade die Radikalen befinden sich jetzt durch die Schuld ihrer Führer in einem unbeschreiblichen Wirrwarr. Sie gingen 1924 mit den Sozialisten zusammen, um den Nationalen Bloch zu schlagen, was ihnen auch glänzend gelang. Als kapitalistische Partei versagten sie aber, wo es galt, die Inflation mit wirklich „radikalen“, d. h. sozialistischen Mitteln zu meistern. Auf dem Höhepunkt der Währungskrise warfen sie sich dem „Reiter“ der Bourgeoisie, Poincaré, in die Arme. Seitdem sind sie innerlich gespalten: ein Teil ist offen zur gemäßigten Rechten abgewandt; ein Teil unter Führung Herriots fühlt sich zwar noch immer mit den Sozialisten gegen die Reaktion verbunden, wagt aber nicht, sich von Poincaré loszulösen, weil dieser mit einer neuen Frankenskatastrophe droht, falls seine Regierung der „Nationalen Einigkeit“ geiprengt würde; ein weiterer Teil unter Führung des neuen Parteivorsitzenden Daladier steht in Opposition zur Regierung und hat den Wunsch, in freundschaftlicher Bundesgenossenschaft mit den Sozialisten gegen die Reaktion zu kämpfen. Dieser linke Flügel verdrängt sozusagen die „offizielle“ Politik der Radikalen Partei. Aber er hat nur noch geringen Einfluß. Bezeichnend ist, daß nur die wenigsten Kandidaten, die sich „Radikale“ nennen, eine offizielle Zustimmungserklärung ihres Parteivorstandes aufweisen können. Ihnen treten andere „Radikale“ entgegen, die sich entweder als Anhänger Herriots oder sogar als Anhänger Poincarés bezeichnen. Zwischen den Vertretern dieser verschiedenen Nuancen des „Radikalismus“ ist in zahlreichen Wahlkreisen der heftigste Kampf im Gange.

Aber auch im Lager der Rechten gibt es die verschiedensten Schattierungen. Oft stehen sich in einem einzigen Wahlkreis zwei oder sogar drei Männer gegenüber, von denen jeder behauptet, Anhänger der Regierung Poincaré und der „Nationalen Einigkeit“ zu sein, die sich aber gegenseitig ganz besonders rabiat bekämpfen. Tatsächlich soll es vorgekommen sein, daß die Anhänger solcher poincaristischen Kandidaten unter dem gleichen Ruf: „Es lebe die Nationale Einigkeit!“ mit Faust und Stöcken aufeinander losgingen unter stürmischer Heiligkeit der anwesenden Sozialisten.

Die bisher geschilderte Zersplitterung würde an sich schon genügen, um die Unvermeidbarkeit zahlreicher Stichwahlen zu begründen. Hinzu kommt aber eine Tatsache, die erst nach dem Kriege entstanden ist und die den Wirrwarr noch um ein Vielfaches kompliziert: einst kämpften die Sozialisten allein als geschlossene Masse und einzige Vertretung der Arbeiterschaft gegen das Bürgerium, jetzt gibt es in unzähligen Wahlkreisen auch kommunistische Kandidaten, die ihre ganze Kraft darauf konzentrieren, die Sozialisten zu schwächen. Die Zersplitterung der Stimmen im bürgerlichen Lager wird also ergänzt durch die Spaltung im Lager der Arbeiterschaft.

Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß man nur in einem geringen Teil der Wahlkreise eine Entscheidung bereits im ersten Wahlgang erwartet. Für die politische Zusammenfassung des künftigen Parlaments wird der 22. April bestenfalls einige Fingerzeige geben können. Und doch wird der erste Wahlgang besonders für unsere Genossen von großem Werte sein: denn er allein gibt der Partei die Möglichkeit, zum erstenmal seit 1914 und nach der Spaltung ihre Stimmen im ganzen Lande zu zählen. Die Partei hat unter unsäglichen finanziellen Opfern der einzelnen Genossen in nicht weniger als 536 von 620 Wahlkreisen eigene Kandidaten aufgestellt. Oft handelt es sich nur um Zahlkandidaturen, aufgestellt zu dem einzigen Zweck, die eigenen Truppen in solchen Gegenden zu mustern, in denen die Arbeiterbewegung erst neueren Datums ist. In anderen Fällen wird zwar der Sozialist nicht gewählt werden, aber den Ausschlag bei der Stichwahl geben können. Ein Viertel der Kandidaten geht jedoch mit durchaus ernstem Siegesaussehen in den Kampf. Die Stimmung der leitenden Parteigenossen ist unbedingt zuversichtlich. Man rechnet bestimmt mit einem Zuwachs an sozialistischen Mandaten. Wie groß dieser Zuwachs sein wird, darüber

Kein Zurück von der Friedenspolitik!

Auch wenn Poincaré siegt.

v. sch. Paris, 19. April. (Eigenbericht.)

Mit Ausnahme der Sozialisten, Kommunisten, Royalisten und eines kleinen Teils der Radikalen bekennen sich alle Kandidaten zur Politik der Regierung Poincaré. Besonders die Radikalen versuchen auf ihren Wahlplakaten mit dem Namen Poincaré für ihre Kandidaten Stimmung zu machen. Bisher ist der Ministerpräsident von ihnen nicht abgerückt, er kann es einweisen auch nicht, denn sie gehören ja seiner Koalition an, und er wird erst nach dem zweiten Wahlgang wissen, ob er auf ihre Mitarbeit angewiesen sein wird oder ob er auf ihre Stimmen verzichten kann.

Solange diese Frage nicht entschieden ist, wäre es voreilig, über den künftigen Kurs der Regierung Poincaré bestimmte Prognosen aufzustellen. Nur eine Prophezeiung kann schon jetzt gemacht werden:

Die nächste Regierung nach den Wahlen wird ebenfalls von Poincaré geleitet werden.

Nun ist man sich in Frankreich bewußt, daß an dem Namen Poincaré im Ausland und besonders in Deutschland bestimmte Vorstellungen sich knüpfen, die in der Vergangenheit begründet sind, aber der Gegenwart nicht mehr entsprechen. Deshalb ist es überaus wichtig, wenn einer der Hauptgegner Poincarés, wenn der Führer der größten Oppositionspartei in der künftigen Kammer, Genosse Léon Blum, im „Populaire“ das deutsche Volk davor warnt, aus einer etwaigen Mehrheit für das Ministerium falsche Schlussfolgerungen zu ziehen.

Unser Heberchrist: „Es gibt kein Zurück!“ erinnert Blum zunächst daran, daß das Hauptziel der französischen Sozialisten, als sie vor den Wahlen von 1924 die Bildung des Umkartells beschlossen, dahin ging, eine Atmosphäre des Friedens in Europa wiederherzustellen; die Sozialisten wollten vor allem der Spannung, den Sach, dem Mißtrauen, die damals zwischen Frankreich und Deutschland herrschten, ein Ende machen. Das war ein Opfer, das sie im Interesse des internationalen Sozialismus brachten, aber dieses Opfer wurde belohnt durch die Londoner Einigung über die Reparationsfrage, durch die Verträge von Locarno und durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Seitdem hätten beide Völker ihre normalen Beziehungen wieder aufgenommen und immer enger gestaltet. Dieser Umschwung in der französischen Politik sei so vollkommen gewesen, daß selbst Poincaré sich dem Werte Briands angeschlossen habe. Er war Ministerpräsident, als Deutschland seinen Einzug in Genf hielt und zur Zeit der Besprechungen von Thoiry. Blum erklärt, daß er dieses Ergebnis für unumstößlich halte und fährt dann wörtlich

gehen die Meinungen auseinander. Die Kommunisten werden sich bestenfalls behaupten, eher an Mandaten verlieren. Die hauptsächlich Leidtragenden der Wahlkämpfe werden die Radikalen sein. Daran ist kein Zweifel. Die „offiziellen“ Radikalen werden nur spärlich in die neue Kammer zurückkehren. Poincarés Taktik, die Radikalen zu spalten, ist geglückt. Er wird sein Ziel erreichen, eine „republikanische Konzentration“ aller gemäßigten, regierungstreuen Kräfte zu bilden und mit deren Hilfe über die Wahlen hinaus zu regieren.

Das ist in großen Zügen das voraussichtliche Ergebnis der Wahlen, so wie es fast übereinstimmend in allen Lagern beurteilt wird. Was ein solches Ergebnis, innerpolitisch und außenpolitisch, bedeuten wird, darüber wird noch manches zu sagen sein. Sowie läßt sich aber schon jetzt feststellen: selbst in sozialistischen Kreisen befürchtet man keinen außenpolitischen Rückschlag von einem Wahlerfolg Poincarés. Die geistige Entwicklung des französischen Ministerpräsidenten gegenüber den Problemen des Friedens ist offenkundig. Manche sind sogar der Ansicht, daß er nicht nur die Ideen Briands übernommen hat, sondern daß er darüber hinaus die Fähigkeit besitzt, die Konsequenzen aus diesen Ideen viel energischer zu ziehen als der Außenminister. Briand hat zwar die richtigen Bahnen gewiesen, ist aber immer wieder mit schönen Reden den entscheidenden Taten ausgewichen.

Briand frank.

Der Ministerpräsident lagte gestern in Abwesenheit Briands, der an einem Grippeanfall mit 38 Grad Fieber zu Bett liegt.

Das Außenministerium hat den Missionen in Berlin, Washington, London, Tokio und Rom den Wortlaut des französischen Vertragsentwurfs für einen mehrseitigen Antikriegspakt zur Übermittlung an die betreffenden Regierungen zugesandt. Der Wortlaut richtet sich nach den Vorbehalten, die Minister Briand in seiner Note an Staatssekretär Kellogg am 29. März gemacht hat. Der Wortlaut wird später veröffentlicht werden.

Die Einäscherung Paul Axelrods.

Die Einäscherung des verstorbenen Führers der russischen Sozialdemokratie, des Genossen Paul Axelrod, findet heute 18 1/2 Uhr im Krematorium Gerichtstraße statt.

Zum Tode des Genossen Axelrod ist der Redaktion des „Vorwärts“ das folgende Telegramm des Genossen Pierre Renaudet zugegangen:

„Übermitteln Sie der Familie meines alten Freundes Axelrod und den russischen Sozialdemokraten den Ausdruck meines großen Schmerzes. Axelrod war ein treuer, unbeirrbarer Sozialist. Sein Tod im Exil ist eine schwere Anklage gegen bosherrliche Gewaltherrschaft und Unterdrückung.“

Arendsdorf.

Reichsgericht gegen Revision. — Die Angeklagten fragen die Kosten.

Die Arendsdorfer Nordlat an zwei Reichsbannortleitern beschäftigte am Donnerstag das Reichsgericht als Revisionsinstanz. Die Räder Schmelzer Vater und Sohn hatten gegen das Zuschauersurteil Berufung eingelegt. Die Verteidigung machte rechtliche und prozessuale Rügen geltend. Der zweite Strafensatz bestätigte jedoch die Urteile und legte den Angeklagten die nicht unerheblichen Kosten des Verfahrens auf. Der Antrag der Verteidigung, den Stahlhelmann Paul Schmelzer wenigstens aus der Haft zu entlassen, wurde ebenfalls abgelehnt. |

fort: „Unsere Genossen von der deutschen Sozialdemokratie, deren Wahlkampf bereits im Gange ist, weisen auf die

Wichtigkeit eines gleichzeitigen Sieges der Linksparteien in beiden Ländern

und auf die Gefahr hin, die ein doppelter Sieg der nationalistischen Reaktion bedeuten würde. Sie haben recht. Ein Sieg der Reaktion in Frankreich am 22. April würde dem deutschen Nationalismus die beste Wahlplattform verschaffen. Ein Sieg der Linksparteien in diesen beiden Ländern und später in England und in Belgien würde gestatten, das Werk der Annäherung zu beschleunigen und zu vollenden. Aber selbst wenn bei uns die Wahlkämpfe mit einem Erfolg der „nationalen Einigung“ enden, selbst wenn die Regierung von morgen mit der Regierung von heute identisch sein würde, so bin ich überzeugt, daß die französische Politik von ihrem gegenwärtigen Kurs nicht abweichen wird. Niemand besitzt heute mehr die Fähigkeit, ihr eine andere Richtung zu geben. Man könnte zwar die Bewegung durch Verzögerungen und Schikanen verlangsamen, niemand aber könnte ihr offen entgegenreten. Die Maschine rollt, sie wird mehr oder weniger schnell und mehr oder weniger glatt laufen, aber nicht mehr zurückrollen. Das entscheidende Zeugnis bietet in dieser Hinsicht die Stelle der Rede Poincarés in Carcassonne über die deutsch-französischen Beziehungen. Wir haben damals sofort auf den ungewohnten Ton hingewiesen, aber nicht nur die Form, auch der Inhalt dieser Rede war sehr lehrreich, da Poincaré bereit zu sein schien, die Anregung von Thoiry wieder aufzunehmen, die sich ja um nichts anderes dreht als um

Die Räumung der Rheinlande.

Ein etwaiger Wahlerfolg der gemäßigten Elemente in Frankreich würde daher kein Grund zum Verzweifeln sein, vorausgesetzt natürlich, daß der Sozialismus stark genug wäre, um seinen gegenwärtigen Druck auszuüben.“

Blum fügt hinzu, man dürfe selbstverständlich aus seinen Ausführungen nicht den Schluß ziehen, daß es demnach gleichgültig wäre, wie die nächste Mehrheit in Frankreich aussehen würde. In allen außenpolitischen Fragen — Haltung gegenüber dem Faschismus, Abrüstung, deutsch-französische Beziehungen — sei es von größter Wichtigkeit, in welchem Tempo und in welchem Geiste die Außenpolitik geführt werden. „Ich wollte heute nur — so schließt Léon Blum — uns und vor allem unsere Freunde von der deutschen Sozialdemokratie gegen den Mißbrauch schützen, den der deutsche Nationalismus wahrscheinlich treiben würde, wenn das Ergebnis der französischen Wahlen nicht den Hoffnungen und den Bemühungen unserer Partei entsprechen sollte.“

Die Angst, die Angst!

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, deren politische Stellung dadurch gekennzeichnet ist, daß sie mit gleichem Eifer Sympathie für Mussolini und für Luther und den Verwaltungsrat der Reichsbahn zeigt, sieht die Weimarer Koalition aus der Wahlurne hervorstiegen:

„Eine neue Weimarer Koalition würde bedeuten, daß die achtjährigen Kampfsjahre seit 1920 so gut wie verloren, daß die Opfer der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen in diesen Jahren umsonst gebracht wären. Wir würden auf die halbrevolutionäre Epoche der Weimarer Nationalversammlung zurückgeworfen, auf allen Gebieten, in der Außenpolitik, im Innern, in der Wirtschaft, in der Kulturpolitik. Die Folge wäre entweder hoffnungsloser Verfall oder — Bürgerkrieg.“

Sachte, sachte! Gleich Bürgerkrieg, wenn der Bürgerblock zerschlagen wird? Das ist doch etwas zu mussolinisch. Man muß doch nicht so deutlich zeigen, daß man die demokratische Verfassung nur respektiert, wenn die Wahlentscheidung für die Reaktion fällt!

Man muß aber auch nicht so deutlich die hemmungslose, schlatternde Angst enthüllen, die die Interessenten des Bürgerblocks bei dem Gedanken an einen sozialdemokratischen Wahlsieg überkommt!

Reudells Vorwand.

Ein kläglicher Zusammenbruch.

Den Vorwand zu der Aktion des deutschnationalen Innenministers gegen den Roten Frontkämpferbund bildete ein kläglicher Zusammenstoß zwischen Anhängern dieser kommunistischen Organisation und Stahlhelmlisten in Altenburg. Das war am vergangenen Sonntag. Tags darauf erschien von Reudell mit seinem Erlauchen auf dem Plan. Inzwischen hatte die Rechtspresse den Vorfall in Altenburg ausgeschlachtet, um für die Absicht des deutschnationalen Parteiministers die notwendige Stimmung zu machen.

Jetzt wird bekannt, daß sich in Altenburg nicht nur Rote Frontkämpfer und Stahlhelmer geschlagen haben. Die Stahlhelmer haben noch ein übriges getan und sich untereinander ebenfalls nach allen Regeln der Kunst verprügelt. Ein Anhänger des Jungstahlhelms aus Leipzig wurde dabei durch Stockschläge seiner schwarzweißroten „Freunde“ so zugerichtet, daß er benennungslos in das Krankenhaus gebracht werden mußte.

Aber: einen Gefährdung der „Wahlfreiheit“ durch den Stahlhelm kommt natürlich nicht in Frage!

Gelber Sumpf!

Die Wahlen stehen vor der Tür, und da schämen sich wieder einmal gewisse Leute ihrer Verwandtschaft. So machen die Stahlhelmer, die jetzt gerne die Arbeiter vor ihren reaktionären Karren spannen möchten, ihrer Bundesleitung den Vorwurf, daß sie zu sehr die Berggemeinschafter begünstige. Die Göttinger Ortsgruppe des Stahlhelms hat sogar ein besonderes Schreiben an die Bundesleitung gerichtet, in dem sie sich gegen die Begünstigung der Berggemeinschafter richtet und erklärt:

„Wir lehnen die Berggemeinschafterautonomie grundsätzlich ab. Den Kampf der Berggemeinschafter um die wirtschaftliche Erhellung der Arbeitnehmerschaft bejahen wir in seiner Form und in seiner Zielsetzung.“

Vor den Wahlen gewerkschaftsfreundlich, nach den Wahlen wieder berggemeinschafterfreundlich. Die Arbeiterschaft kennt ihre Pappenheimer, Stahlhelmer, Wirtschaftsfriedliche, Berggemeinschafter — alles gelbe Sumpflüster.

Sicherung des Wahlgeheimnisses.

Runderlaß des preussischen Ministers des Innern.

Ein Runderlaß des preussischen Ministers des Innern zur Vorbereitung der Reichstags- und Landtagswahlen enthält eine Reihe von Bestimmungen, die vornehmlich der Sicherung des Wahlgeheimnisses auf dem Lande dienen.

Bei der Abgrenzung der Stimmbezirke soll jedem Wähler die Sicherheit gegeben sein, frei von jeder Beeinflussung und jeder Beforgnis vor einer Aufdeckung der Art seiner Stimmabgabe sein Staatsbürgerrecht auszuüben. Insbesondere sollen Gutsbezirke nicht für sich einen Stimm- oder Wahlbezirk bilden.

Für die Abstimmungs(Rah)räume haben die Gemeinden Räume in Gemeindeanstalten und Gebäuden zur Verfügung zu stellen. In Gutsbezirken sollen die Abstimmungsräume nicht in den Gutshäusern bereitgestellt werden. Auf Gastwirtschaften darf nur in dringenden Fällen zurückgegriffen werden.

Bei der Ernennung der Abstimmungs(Wahl)vorsteher ist darauf zu achten, daß die Wähler bei der Stimmabgabe sich durch deren Persönlichkeit und Stellung nicht beeinflussen lassen können.

Die Nummerierung der Partein auf dem Stimmzettel für die Landtagswahl in derselben Reihenfolge wie auf dem Reichstagsstimmzettel. Die Stimmzettel für die Reichstagswahl werden auf weißem Papier, die für die Landtagswahl auf röthlichem Papier gedruckt werden.

War Schmidt Verräter?

Zeugenaussagen im Steffiner Fememordprozeß.

Stettin, 19. April.

In der heutigen Prozeßtagung werden zunächst Leumundszeugen, ehemalige Vorgesetzte und Arbeitgeber der Angeklagten, vernommen. Die Zeugnisse fallen durchweg günstig aus. Es folgt die Vernehmung jenes Gutsarbeiters Fischer, der seinerzeit den später ermordeten Schmidt und dessen Freundin, die heutige Frau Bergemann, auf seinem Fuhrwerk mitnahm. Er will bei dieser Gelegenheit die Äußerung Schmidts gehört haben: „Wenn ich jetzt nach Hause komme, dann werde ich alles verraten.“ Das veranlaßte ihn zu einer sofortigen Denunziation, die dann die für Schmidt tragischen Folgen hatte.

Frau Bergemann bestritt bei ihrer Vernehmung entschieden, daß Schmidt etwas Verärriges gesagt habe. Sie sowohl, wie auch ihre Eltern erklären, daß Schmidt nie von Verrat oder auch nur von Waffen gesprochen hat.

Von den übrigen Zeugen des heutigen Tages war lediglich die Aussage des früheren Rohbauers Fuhr von Interesse, der seinerzeit auf Gut Rosenfelde lag, die Abfahrt der Mörder in der Nordnachts beobachtete und die von den meisten Angeklagten so hart gelegneten Tatsache bestätigte, daß Angeklagter Vogt in der Nordnachts zwei Spaten vom Speicher holte, die dann mitgenommen wurden. Einige Wochen später beim Erntefest habe Vogt ihm dann erzählt, er hätte jenen Fremden mit dem Pistolenfolken verprügelt, und jetzt sei er „gut vernarrt“.

Der Angeklagte Vogt bestritt diese Darstellung des Zeugen ganz entschieden. Alle Vorbehalte des Vorsitzenden und Hinweis auf einen Meineid konnten den Zeugen aber nicht zu einer Veränderung seiner Aussagen bewegen, bis sich schließlich unter allgemeiner Bewegung herausstellte, daß ihm die Bedeutung des Eides trotz der vorherigen Hinweis des Vorsitzenden unbekannt war. So blieb er zunächst dabei, daß er absolut nicht vorbeirast sei, um dann nach und nach zuzugeben, daß er schon eine kleinere Strafe hinter sich habe.

Die Vernehmung dieses Zeugen wurde nach längerer Diskussion zurückgestellt und die Verhandlung auf den heutigen Freitag früh 10 Uhr vertagt.

Die Tschernwongzenfälschungen.

Sowjetrußland wünscht Atteneinsicht.

Von einigen Monaten wurden eine Anzahl Verhaftungen in der Strafsache gegen den Georgier Seda Tscherschwili vorgenommen. Es war festgenommen, nachdem man in Frankfurt a. M. Papiere und Druckplatten sowie eine umfangreiche Korrespondenz gefunden hatte, aus der hervorging, daß T. eine Anzahl Personen, die mehr oder weniger in Verbindung mit den „Nationalsozialisten“ in München, Frankfurt a. M., Hamburg und Berlin standen, zum Druck falscher Tschernwongzen (russischer Goldrübelenoten) zu verleiten gesucht hatte. Die Untersuchung war deshalb sehr schwer, weil die Ermittlungen einmal nach Paris gingen, wo die georgische Regierung im Exil sitzt, ferner nach England, wo bekannte Persönlichkeiten — so der Deltönig Deterding — mit den georgischen Plänen in Verbindung gebracht wurden, nach Rumänien und zum Teil nach Georgien selbst. Nun sind die Vorarbeiten des Landgerichtsrats Dr. Krüger so weit abgeschlossen, daß in nächster Zeit Anklage erhoben werden kann. Die Angelegenheit hat einen stark politischen Hintergrund, so daß sie auch das Auslandliche Amt interessieren muß. Das Justizministerium hat die Akten eingefordert, um festzustellen, wie weit gewisse Bestimmungen im Ausland vorgenommen und vielleicht Zeugen etwa auch gegen Zustimmung freier Geleites nach Berlin gebracht werden könnten, deren Aussagen in dem Verfahren von erheblicher Wichtigkeit sein würden. Die Sowjetregierung hat durch ihre Berliner Vertretung eine gewisse Beteiligung an dem Strafverfahren und Einsicht in die Akten beantragt. Die Sowjetregierung führt sich durch das Vorgehen des Georgiers geschädigt; sie erklärt, daß schon vor seiner Festnahme gefälschte Tschernwongzen in größeren Mengen aufgetaucht seien und daß die Nationale Partei Georgiens auf diesem Wege versucht habe, die russische Währung zu untergraben. Der Berliner Anwalt der Sowjetregierung hat sich nun an das Justizministerium mit dem Antrag gemeldet, daß seinen Auftraggebern die Möglichkeit gegeben werde, an dem Prozeß teilzunehmen, da die Sowjetregierung bereits alle Schritte getan habe, um zivilrechtlich von der ehemaligen georgischen Regierung eine Entschädigung für die Tschernwongzenfälschungen zu erhalten. Das Justizministerium wird entscheiden, ob nach deutschem Recht einem fremden Staat die Teilnahme an einem deutschen Strafverfahren in der verlangten Form ermöglicht werden kann. Sowjetrußland verlangt Einsicht in die Untersuchungsakten, um aus deren Kenntnis eventuell die eigenen Forderungen stärker begründen zu können. Atteneinsicht ist jedoch nur den Prozeßbeteiligten, also dem Gericht, dem Ankläger und den Rechtsvertretern der Angeklagten sowie den höheren Justizbehörden gestattet.

Die Sowjetregierung erstrebt das Recht, gewissermaßen als Nebenkläger aufzutreten. Daraus dürfte nichts werden. Dem Anwalt der Sowjetunion ist bisher die Atteneinsicht nicht gestattet worden. Die Verhandlung gegen den Georgier und seine Mitangeklagten wegen Fälschung von Goldrübelenoten oder Vorbereitung hierzu auf deutschem Boden wird voraussichtlich im Juni d. J. beginnen.

Illustrierter Wahlauf Ruf.



Ziel unseres politischen Kampfes ist Deutschlands Befreiung von äußerer und innerer Knechtschaft. Die Reparationslasten müssen neu geregelt und begrenzt werden. Wir lassen nicht von dem Stolz auf die tausendjährige deutsche Geschichte, die Größe des Kaisergedankens, die ruhmbedeckten schwarz-weiß-rotten Farben ...

Aus dem Wahlauf Ruf der D. N. D. P.

Kampf um das Notprogramm.

Wieder heftige Debatten im Reichstagsausschuß.

Der 33. Reichstagsausschuß setzte am Donnerstag die Beratung der Richtlinien über die Absatzförderung von Schlachtvieh und Fleisch fort. Von dem Vertreter der Deutschen Volkspartei wurde verlangt, daß der Ausschuß nach den Wahlen noch einmal hinsichtlich der weiteren Ausarbeitung der Richtlinien gehört werden müsse. Abg. Schmidt (Soz.) forderte für den Ausschuß das Recht, die Richtlinien zu ändern, wenn die Ausführung der Richtlinien nicht ihrem Sinn entspreche. Reichsernährungsminister Schiele erklärte sich bereit, mit dem Ausschuß zwischen der Reuwahl und vor dem Zusammentritt des neuen Reichstags in Verbindung zu treten, wenn der Ausschuß einen solchen Beschluß faßt. Ein entsprechender Beschluß wurde sodann vom Ausschuß angenommen.

Weiter wurde beschlossen, daß die Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel und die Entscheidung darüber, für welche Darlehen die Uebernahme einer Reichsgarantie beantragt wird, nach einem einheitlichen Gesamtplan im Rahmen der vorliegenden Richtlinien durch den Reichsernährungsminister unter Zustimmung eines Länderausschusses erfolgen soll. Vor Entscheidungen über Maßnahmen von allgemeiner Bedeutung ist ein Sachverständigenausschuß zu hören, der aus Vertretern der einschlägigen Spitzenorganisationen der Landwirtschaft und der Verbraucherenschaft zusammengesetzt ist. Daraus wurden die Richtlinien für die Absatzförderung von Vieh und Fleisch genehmigt.

In der folgenden Beratung über die Richtlinien für die Absatzförderung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen kam es hinsichtlich des preussischen Antrages, von dem 30-Millionen-Fonds 5 Millionen für die Unweidengebiete abzutreten, wieder zu einer heftigen Debatte. Reichsernährungsminister Schiele erklärte noch einmal, den Unweidengebieten die von Preußen verlangte besondere Entschädigung nicht zubilligen zu können und forderte eine Korrektur des entsprechenden Reichsratsbeschlusses. Schiele ging so weit, die von Preußen geforderte Verwendung von 5 Millionen für die Unweidengebiete als unproduktive Ausgabe zu bezweifeln. Genosse Hilferding stellte dann folgenden Antrag:

„Die Reichsregierung wird ersucht, für die durch Unweidenschäden betroffenen landwirtschaftlichen Gebiete, für die die Mittel des Notprogramms zur Fortführung der Betriebe nicht ausreichen, aus den Ueberdauern des Etats 1927 einen Betrag von 5 Millionen zur Verfügung zu stellen, die auf die Länder nach dem Verhältnis der der Landwirtschaft entstandenen Schäden zu verteilen sind.“

Dem Antrag Hilferding wurde zugestimmt. Dadurch erledigt sich der Antrag Breußens. Darauf wurde der Teil der Richtlinien genehmigt, der die Absatzförderung von Milch und Molkeerzeugnissen behandelt. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt.

Das Tafelsilber der Totenkreuzer.

Australien gibt es Deutschland wieder.

Sidney, 19. April.

Das Tafelsilber der Offiziersmessern der deutschen Kreuzer „Scharnhorst“ und „Leipzig“, die im Jahre 1914 bei den Falklandinseln sanken, wird der deutschen Regierung durch den hiesigen Generalkonsul als ein besonderer Akt des Entgegenkommens vom australischen Staatenbund zurückgegeben werden. Wie das Tafelsilber nach Sidney gelangte, ist bisher noch ein Geheimnis. Man nimmt an, daß die Deutschen es aus Sicherheitsgründen auf den Karolinen hinterließen und daß es dann nach der japanischen Befehung der Inseln seinen Weg nach Sidney fand. Dort wurde es einige Jahre später in dem Laden eines Händlers entdeckt und von der Zollbehörde beschlagnahmt.

Neuer Konflikt London—Moskau.

Russisches Geld für irische Revolutionäre?

London, 19. April. (Eigenbericht.)

Der konservative Abgeordnete Kiddlestey erzählte im Unterhaus, daß die im Besitz verhafteter irischer Waffenschmuggler gefundenen englischen Banknoten von einer russischen Bankorganisation stammen. Er ersuchte deshalb den Innenminister, Nachforschungen anzustellen, ob die russische Handelsorganisation in England irgendwelche Kredite zur Unterstützung revolutionärer Bewegungen in Großbritannien gebe. Der Innenminister bestritt, daß die in dem Besitz der Waffenschmuggler gefundenen Noten nach den Feststellungen der Polizei aus russischen Bankinstitutionen stammen. Er werde seine Nachforschungen fortsetzen, aber schon jetzt sehe fest, daß in England russisches Geld in dem erwähnten Sinne benutzt worden sei.

Eine nähere Auslegung dieser Erklärung verweigerte der Innenminister, obwohl ihn Abg. Genosse Kenworthy auf die Gefahren seiner Andeutungen für die zukünftige Gestaltung der englisch-russischen Beziehungen aufmerksam machte. — Die russische Handelsbank in London dementiert übrigens jeden Zusammenhang mit den Waffenschmugglern.

Die Sache scheint reichlich dunkel. Wenn die betreffende russische Bank — in Rußland gibt es nur die Staatsbank — nicht etwa ihren Stempel auf die Pfundnoten gedruckt hat, wie will man dann den Besitzer der Noten feststellen? Wer aber bestempelt Geldnoten und wer nimmt bestempelte Noten an?

Ein wahrer Seeheld ist in dem 81jährigen Holländer Dorus Rijkers gestorben. Er hat von 1872 bis 1911 als Seemann und Rettungswächter im ganzen 511 Schiffbrüchigen das Leben gerettet.

Japan befiehlt chinesisches Gebiet.

Um dem Vormarsch der Südtruppen zu begegnen.

London, 19. April.

Während nach den bisher vorliegenden Meldungen die maßgebenden japanischen Stellen beschlossen hatten, gegenüber den Vorgängen in China vorläufig noch eine rein abwartende Haltung einzunehmen, kommt jetzt aus Tokio die Nachricht, daß sich das japanische Kabinett angefaßt der durch den Vormarsch der Südtruppen nach Norden gegebenen Lage entschlossen hat, zum Schutz des Lebens und Eigentums der japanischen Staatsangehörigen eine in Kumamoto bereitgestellte Brigade von 5000 Mann mit einer Pionierabteilung und Telegraphentruppen nach China einzuschiffen, wo sie in Tsingtau landen werden. Von Tientsin aus werden drei Kompagnien japanischer Truppen nach Tsinan geschickt.

Ein Erfolg Fengjühangs.

Peking, 19. April.

Nach hier eingetroffenen Berichten hat General Fengjühang eine der Armeen Sunshuanjongs vollkommen geschlagen und Marshall Tschanglungtschang zum Rückzug auf Jentschoufu gezwungen. Tschanglungtschang wird wahrscheinlich versuchen, den Vormarsch des Gegners bei Talansu zum Stehen zu bringen. Bei einem 3stündigen Kampf, der zur Einnahme von Hintscheng führte, sollen die Südtruppen 20 000 Mann, darunter einen General und drei Obersten, verloren haben.

Bombe im Ministerzimmer.

Argentinischen Kommunisten zugeschrieben.

Buenos-Aires, 19. April.

Wie die „Brensa“ meldet, wurde im Amtszimmer des Justizministers Sagarna eine Bombe gefunden. Die Polizei vermutet, daß der Anschlag mit kommunistischen Untrieben im Zusammenhang steht. Vor einiger Zeit wurde in einem Bankgebäude im Zentrum von Buenos-Aires eine Bombe zur Explosion gebracht und in einer benachbarten Bank eine Bombe kurz vor der Explosion noch rechtzeitig entdeckt. In beiden Fällen wurden Mitglieder einer kommunistischen Organisation mit Sicherheit als Attentäter festgestellt, ohne daß es bisher gelang, der Attentäter habhaft zu werden.

Ein Zeitungsjubiläum.

Das deutsche „Argentinische Wochenblatt“ in Buenos-Aires schließt sein prächtiges Festband zum 40jährigen Bestand. Die Zeitschrift vertritt ebenso wie das „Argentinische Tageblatt“ des gleichen Verlags auch den deutsch-republikanischen Gedanken. Zwei deutsche Genossen aus dem alten Österreich gehören der Redaktion an: der Wiener Ludwig Gröbner, ein ehemaliger Tapezierer, und der Nordböhme Josef Riemer, ein früherer Holzarbeiter. Beide haben jahrelang in der Heimat der sozialistischen Bewegung gedient, ehe sie hinübergingen.

Der Konflikt im Ruhrbergbau.

Kanonade der „Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände“.

Heute finden die Verhandlungen über den Schieds-
spruch für die Ruhrbergarbeiter statt, der bekanntlich
von beiden Parteien abgelehnt worden ist. Im allhergebrachten
Gegensatz zu den Gewerkschaftsvertretern, die alles daran setzen
wollen in den Verhandlungen eine Verbesserung des völlig unzu-
länglichen Schiedspruches durchzuführen, bieten die Besen-
besitzer alles auf, um überhaupt die geringste Lohnaufbesse-
rung zu verhindern. Damit es mehr Eindruck macht, haben
sie ihren großen Bruder, die „Vereinigung der Deutschen
Arbeitgeberverbände“, — auf den Plan gerufen, der zu-
gunsten der „natelndenden“ Besenbesitzer beim Reichsarbeitsminister
in Weis einleitet. Wollte Telegraphenbureau veröffentlicht ein an
den Reichsarbeitsminister gerichtetes Schreiben der Arbeitgeberver-
einigung, in der das bekannte Klageged über die untragbaren
Verluste angeführt wird, die die Grubenbesitzer bei der Durch-
führung dieses Schiedspruches zu tragen hätten. In dem Schreiben
findet man die bei solchen Gelegenheiten üblichen Argumente wie:
Eine Durchführung des Schiedspruches müßte auf jeden Fall,
zu einer Berufswirtschaft größten Umfanges im Ruhrbergbau
führen. Die Folge müßte eine wesentliche Einschränkung
des Absatzes und der Förderung sein. Dies bedeutet Ver-
mehrung der Arbeitslosen, wenn nicht gar Still-
legung einzelner Schächte. Diese Folgen aber würden gerade
die Arbeiterschaft auf das schwerste treffen, so daß der Schieds-
spruch nicht allein wirtschaftlich der Belegschaft nicht entspricht, son-

dern seine soziale Auswirkung müßte auch äußerst bedauerlich
sein. Sie müßte dazu führen daß eine mögliche Lohnerhöhung
eines Teiles der Arbeiterschaft auf Kosten der Arbeitslosigkeit
eines anderen Teiles gehen würde usw.

Dann, daß die Bergarbeiter des Ruhrgebietes mit ihren
Löhnen an der 15. Stelle innerhalb der deutschen Gewerkschaften
stehen, daß ihre Leistung in den letzten Jahren ganz gewaltig
gestiegen ist und von ähnlichen Dingen findet man in dem
Schreiben begrifflicher Weise kein Wort. Darüber werden die Ver-
treter der Bergarbeiter in den Verhandlungen dem Reichsarbeits-
minister einiges zu sagen wissen, was das Schreiben der Arbeit-
gebervereinigung in einem anderen Licht erscheinen lassen dürfte.
Vor auf es den Unternehmern ankommt, geht mit aller Deut-
lichkeit aus dem Schlußsatz des Schreibens hervor, in dem es ein-
leitend heißt:

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände kann
nicht annehmen, daß die im Schiedspruch vorgesehene Regelung
Wirklichkeit werden soll.

Die Absicht der Unternehmer ist so klar wie nur irgend etwas.
Der Reichsarbeitsminister soll unter Druck gesetzt und
zur Kapitulation gegenüber den Unternehmerwünschen gezwungen
werden. Nach dem Ausgang der größeren Lohnbewegungen der
letzten Zeit kann man auf den Verlauf dieser Verhandlungen sehr
gepannt sein.

Verhärfung des Konflikts in Sachsen.

Der Arbeitgeberschutzverband lehnt den Schiedspruch ab.

Die sächsischen Metallfabrikanten des Arbeit-
geberschutzverbandes haben die Ablehnung des
Schiedspruches beschlossen. Sie bringen damit zum Aus-
druck, daß sie nicht weniger rücksichtslos gesinnt sind, als ihre
brüderlichen Kollegen im Metallindustriellenverband. Der Schiedspruch
für das Tarifgebiet des Arbeitgeberschutzverbandes bleibt nämlich
noch weit hinter dem am Montag für das groß-sächsische Metall-
tarifgebiet gefällten Spruch zurück, ebenso hinter dem Spruch für
die Leipziger Metallindustrie. Der Unterschied beträgt nicht nur 2,
Pfund teilweise sogar 3 Pfennige zugunsten der Metallarbeiter,
sondern für in den Betrieben der Mitglieder des Arbeitgeberschutz-
verbandes beschäftigt sind. Die Arbeiter werden deshalb
den Schiedspruch ablehnen, da er den wirtschaftlichen
Verhältnissen ablot nicht Rechnung trägt. Die Empörung ist sehr
stark und hat bereits zu Arbeitsniederlegungen in den
Groß-Dresdener Betrieben geführt, so bei Anton Reiche A.G.
und bei den Vereinigten Schenckischen Werken in
Dresden und Adelsberg, die als Mitglieder des Arbeitgeberschutz-

verbandes bisher weder vom Streit noch von der Aussperrung
betroffen wurden. Es wird auch bekannt, daß die Arbeitgeberschutz-
verbände nach Beendigung der letzten Schicht am Sonnabend
die Gesamtaussperrung durchführten wollen. Die Her-
schaften wollen also den Unternehmern im Metallindustriellenverband
in keiner Weise nachstehen.

Bei den Verhandlungen für das Tarifgebiet des Arbeitgeberschutz-
verbandes wurde von amtlicher Stelle mitgeteilt, daß das
Reichsarbeitsministerium im Laufe der nächsten Woche
in den Konflikt eingreifen will. Darauf deutet auch die
einheitliche Erklärungsfrist für die drei gefällten Schiedsprüche hin,
die am Sonnabendmittag abläuft. Nach einer anderen Meldung
sind die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium
voraussichtlich Mitte nächster Woche statt. Die Metallarbeiter
wehren sich nachdrücklich gegen die vorhandene Absicht, die Sprüche
für verbindlich zu erklären.

Die Disziplinverwaltung Dresden des Deutschen Metall-
arbeiter-Verbandes hat die Auszahlung einer erhöhten
Unterstützung an die streikenden und ausgesperrten Metall-
arbeiter beschlossen. Die Stimmung der Metallarbeiter ist nach wie
vor vorzüglich.

Tarifabschluß im Bankgewerbe.

Die Bankleitungen sabotieren den „Allgemeinen Verband“

Wie uns vom Allgemeinen Verband der deutschen Bank-
angestellten mitgeteilt wird, hat der Reichsverband der
Bankleitungen nach stundenlangen Verhandlungen, die ohne
Anwesenheit eines Vertreters des Arbeitsministeriums mit dem
Deutschen Bankbeamtenverein allein gepflogen wurden,
mit diesem ein Abkommen abgeschlossen, das im wesentlichen auf der
Grundlage des am 31. März d. J. gefällten Schiedspruches ab-
geschlossen wurde. Änderungen wurden nach der Richtung ge-
troffen, daß es bezüglich der Ueberstundenentlohnung bei der frühe-
ren schlechteren Entlohnungsart bleiben solle. Dagegen verpflichtete
sich der Reichsverband der Bankleitungen, neben der eintretenden
achtprozentigen Gehaltsverhöhung seinen Mitgliedsfirmen zu emp-
fehlen, am 15. Dezember ein halbes Monatslohn an die
Bankangestellten zur Auszahlung zu bringen.

Im übrigen weigerte sich der Reichsverband der
Bankleitungen, mit dem Allgemeinen Verband der
deutschen Bankangestellten ein Tarifabkommen
auf der gleichen Grundlage zu treffen, wie er es mit dem Deut-
schen Bankbeamtenverein abgeschlossen hat. Der Allgemeine
Verband der deutschen Bankangestellten hat demgegenüber die
Erklärung abgegeben, daß er darauf bestehen muß, am
Reichstarifverträge für das deutsche Bankgewerbe be-
teiligt zu sein.

Erfolg der Afa-Gewerkschaften bei der AGO.

Bei den jetzt durchgeführten Betriebs- und Angestelltenrats-
wahlen in allen Berliner Fabriken und Verwaltungsstellen der
AGO, haben die Berliner Afa-Gewerkschaften außer-
ordentlich günstig abgefahren. Dieses Ergebnis ist auch
deshalb von besonderer Bedeutung, weil in diesem Jahre zum ersten
Male wieder in allen Betrieben der AGO, auch die Angestell-
tenschaft Wahlen vorgenommen hat und besondere Verein-
barungen, die Wahlen ausschloß (wie im Vorjahre) unterblieben
sind.

Die Zahl der Betriebsräte aus den Afa-Gewerkschaften beträgt 43
Angestelltenräte 48

Der Deutschnationale Gesamtverband Deutscher Angestellter-
Gewerkschaften erhielt insgesamt 4 Betriebsräte und 5 Angestellten-
räte, der (Hirsch-Duncker) Gewerkschaftsverband der Angestellten drei
Betriebsräte und einen Angestelltenrat.

Es sind also insgesamt 91 Betriebs- und Angestellten-
räte aus Afa-Gewerkschaften und 13 Betriebs- und An-
gestelltenräte aus den bürgerlichen Angestelltenverbänden bei der
AGO in diesem Jahre gewählt worden. Diese Zahlen beweisen,
daß der Afa-Bund und seine Gewerkschaften in den maßgebenden
Betrieben Berlins die Führung haben, daß die bürgerlichen An-
gestellten-Verbände auf diesem Gebiet bedeutungslos und ihre An-
sichten über besondere Wählerfolge in der Groß-Berliner Metall-
industrie nicht wahr sind.

Beantwortlich für Vollst.: Dr. Curt Geper; Schriftf.: G. Alinghoffer;
Gewerkschaftsberatung: St. Götze; Neuland: A. A. Schärer; Kofalo
und Sontheimer; Afa-Karlsruhe; Anagnin: K. Glöck; Gemlich in Berlin.
Verlag: Formica-Verlag G. m. b. H. Berlin; Druck: Formica-Verlag
und Verlagsanstalt Paul Sauer u. Co. Berlin; 236, Eintrachtstr. 2.
Stier 3 Belgrad, „Stabilisator“ und „Unterhaltung und Wissen“.

WERTHEIM

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz

Kaliforn. Tafeläpfel Pfd. 50 Pf.
Eß- u. Kochäpfel Pfd. 18 Pf. Zitronen Dupond 48 Pf.
Kranzfeigen Pfund 28 Pf. Apfelsinen Kaiser 70, 95, 120
Ananas-Rennett Pfd. 28 Pf. Spinat Nieslger Pfund 10 Pf.
Schönerv. Boskop Pfd. 38 Pf. Holl. Salat großer Kopf 15 Pf.
Bananen Pfund 48 Pf. Malta-Kartoffeln 35 Pf.

Rotwurst schlesische, Pfund 80 Pf.
Speck ten 90 Pf. mager, Pfd. 1 M Pökelfleisch nekodt, Pfd. 1.40
Mettwurst hannoversche gekocht, Pfd. 1.10 Schinkenspeck Pfund 1.55
Dampf- u. Landleberw. 1.10 Nußschinken ca. 3 Pfund, 1.75
Mettwurst (Braunsch. Ard) Pfund 1.15 Zervelat u. Salami
Fleischwurst Pfund 1.15 holsteintische 1.65 hannov. Pfund 1.90
Jagdwurst Pfund 1.30 Edelsteine, Rosenthaler Straße, Kartonsale
Schinkenpolnische Pfd. 1.30 Knoblauchwurst Pfund 1.20
Filetwurst Pfund 1.40 Tee- u. Leberwurst 1.50

Limburger Käse delik., halbf., Stück 28 Pf.
Allgäuer Stangenkäse Tilsiter vollfett, Pfd. 95 Pf. 1.15
Tilsiter ohne Rinde, Pfund 1.10
Spitzkäse 6 Stück Inhalt 55 Pf. Camembert vollfett, 22 Pf.
Edamer halbfett, Pfund 75 Pf. Talg 1-Pfund-Paket 50 Pf.
Holländer halbfett, Pfd. 75 Pf. Margarine Pfund 52, 58 Pf.
Schweizer 8-Käse, halbfett, Pfd. 88 Pf. Kokosfett 1-Pfund-Tafel 62 Pf.
Schweizer halbfett, Pfd. 88 Pf. Bratenschmalz Pfund 68 Pf.
Schweizer vollfett, Pfund 1.55 Tafelbutter Pfund 1.94
Briekäse vollfett, Pfund 95 Pf. Dänische Butter Pfund 2 M
Steinbuscher vollfett, Pfund 95 Pf.

Bruch-Reis Pfund 18 Pf.
Burma-Reis Pfund 22 Pf. Bosn. Pflaumen Pfd. 26 Pf.
Bassin-Reis Pfund 24 Pf. Bosn. Pflaumen ohne Stein 40 Pf.
Italienisch, Reis Pfd. 26 Pf. Kalif. Pflaumen Pfund 45 Pf.
Patna-Reis Pfund 28 Pf. Gem. Backobst Pfund 45 Pf.
Amerikan. Reis Pfund 28 Pf. Kalif. Pfirsiche Pfund 78 Pf.
Java-Reis Pfund 40 Pf. Kalif. Aprikosen Pfund 78 Pf.
Hühner-Bouillon-Würfel „Olympia“ 50 Pf. 20 St. 95 Pf. 50 St. 2.25
Suppenpulver nach böhmischer Art: Schoten mit Kalbfleisch, Jäger, Hühner, Leber, Rindfleisch, 1 Pfd. = 25 Teller 1.95

Gebr. Kaffee eigene Rösterei Pfund von 2.30 an

Preise nur Freitag u. Sonnabend, soweit Vorrat.

Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt.

Konserven

Br.- u. Schnittboh. I 72 Pf. Apfelmus 1/4 Dose 33 Pf. 58 Pf.
Stange-Brock- u. Schellfisch 75 Pf. Pflaumen mit Stein 62 Pf.
Junge Erbsen 70 Pf. Mirabellen 1/4 D. 60 Pf. 1.10
Jge. Erbsen mittelfein 82 Pf. Reineclauden 1.20
Leipzig Allieriel 86 Pf. Ananas Hawaii, 8 Schichten 1.12
Gemischt-Gemüse 1.12 Melangefrüchte 1.40
Riesenbruchspargel 3.10 Aprikosen od. Pfirsiche kalifornische 1.70
Stangenspargel extra stark 3.20 Oelsardinen 1/4 Dose 46 Pf. 78 Pf.
Pfefferlinge 1.05 portuz. Klubdose 1/4 Dose 1.1
Tomatenmark 1/4 Dose 20 Pf. 32 Pf. Crab Meat Dose 1.1
Erasp für Hammer 2.05 4.10

Konfitüre, 2-Pfund-Elmer

Pflaumen 1 M Aprikosen 1.10 Orangen, Johannisb. 1.15
Kirschen, Erdbeeren, Himbeeren 1.35 Ananas 1.50

Wein

Preise für 1/2 Flasche ohne Glas

Oberhaardter guter Tisch- und Bowlenwein 1.10
1927 Edenkobener saftiger Pfälzwein 1.25
1921 Gundersheimer Berg mild, rheln. Rotwein 1.25
1926 Niersteiner kernig, kräftig 1.50
1927 Mittlerer Gipfel sehr süßiger Tischmosel 1.50
1922 Chät. La Groleit süßiger reiner Bordeaux 1.75
1922 Ruppertsberger Graben Wachst. Deutlich feiner Pfälzwein
1926 Droner Sängerei sehr bestechender Mosel
1924 Chät. Clarke leichtfüßig, weißer Bordeaux 1.75
1925 Liebfraumilch lieblicher Damenwein 2 M
Fruchtschaumwein mit Sieger u. Flaasche 1.30
Deutsches Weinbrand, Qualitätsbrand Hausmarke 3.80
Tarragona Spezial rot, süß, kräftig, vom Faß 1.30

Tee Ceylon II Mischung 1.25 Indien Mischung 1.55 China Mischung 1.70 Ceylon Mischung 1.85 Darjeeling Mischung 2 M

Vollmilch-Schokolade 75 Pf. mit ganzen Haselnüssen, 2 Tafeln à 100 Gr.

Creme-Schokolade mit Apfelsinen- u. Himbeer-Geschmack 2 Tafeln à 100 Gramm 45 Pf.
Milchkaramellen 1/4 Pfund 25 Pf. 1/2 Pfund 45 Pf.
Sandgebäck 1/4 Pfund 25 Pf. 1/2 Pfund 95 Pf.
Dessert-Brezeln 1/4 Pfund 38 Pf. 1/2 Pfund 75 Pf.

Frisches Fleisch

Schweinebauch u. Rücken Pfd. 74 Pf.
Schweinekamm u. Blatt Pfd. 78 Pf.
Schweineschinken Pfund 92 Pf.
Kalbskamm u. Brust Pfund 74 Pf.
Kalbsnierenbraten Pfund 78 Pf.
Kalbskeule ganz und geteilt Pfund 90 Pf.
Querrippe Pfund 70 Pf.
Rinderkamm u. Brust Pfund 75 Pf.
Schmorfleisch u. Kalbsfleisch, m. Knochen Pfund 92 Pf.
Lieser Pfd. 60 Pf. Gehacktes Pfd. 65 Pf.
Dickes Rückenfett Pfund 60 Pf.
Käbler, Speer u. Kamm Pfund 1.10
Rindernieren-Talg ausgelesen Pfund 50 Pf.

Prima Gefrierfleisch

Suppenfleisch Pfund 52 Pf.
Rinderkamm u. Brust Pfund 56 Pf.
Hammelvorderfleisch Pfund 76 Pf.
Kuh-Euter Pfund 20 Pf.

Geflügel

Suppenhühner ungarische, Pfund 98 Pf. an
Puten Pfund 1.13 1.30
Wolgahühner Pfund 1.25 1.45
Tauben Stück 85 Pf. 95 Pf.
Junge Gänse gefroren Pfund 1.10

Fische

Dorsch Pfund 12 Pf.
Bratflundern Pfund 14 Pf.
Seelachs ohne Kopf, ganze Fische, Pfund 17 Pf.
Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische, Pfund 18 Pf.
Fischfiet Pfund 30 Pf.
Lebende Karpfen, Hechte, Aale billigst!

Bücklinge Pfund 28 u. 34 Pf.

Aale geräuchert Bund 40 Pf. Kieler Bücklinge Pfd 48 Pf.
Seelachs geräuchert in Stücken, Pfd. 48 Pf. Seehasen ger. Pfund 62 Pf.

Abt. Frische Blumen, Leipziger Str.

Balkonkästen mit Spalier und wildem Wein 3.50 an
bestens, 40-120 cm lang
Gladolenknollen Stück 10 Pf.
Begonienknollen Stück 12 Pf. 15 Pf.
Büstenstauden winterhart, 20 Pf. an
Dahliaenknollen Stück 45 Pf.
Wilder Wein Stück 60 Pf.

Efeu Topf von 1.10 an
Rankrosen Stück 85 Pf.
Buschrosen 3 Stück im Bund 1.75
Grassamen Pfund 85 Pf. 95 Pf.
Sämereien 3 Pakete von 25 Pf. an

Jeden Freitag und Sonnabend:
Stoff-Reste u. Abschnitte
besonders billig

Verabschiedung des Stadthaushalts.

Die Opposition der deutschnational-kommunistischen Bundesbrüder.

„Am 20. Mai sprechen wir uns wieder!“

Die Stadtverordnetenversammlung wurde gestern mit dem Stadthaushaltsplan fertig. Der Vorschlag, das trotz aller Streichungen nicht ganz befriedigte Budget im Haushalt durch höhere Veranschlagung des voraussichtlichen Ertrages der Gewerbesteuer zu stopfen, fand keine Mehrheit. Danach blieb nur übrig, den Fehlbetrag dadurch zu decken, daß die voraussichtlichen Erträge aus den Werken höher veranschlagt werden. Erhöhungen des Gewerbesteuerfußes und der Werttarife wurden vermieden, so daß diesem Haushaltsplan auch die sozialdemokratische Fraktion zustimmen konnte. Verweigert wurde die Zustimmung von den Deutschnationalen und den Kommunisten. Der kommunistische Redner Leh verlas eine Erklärung, die mit Angriffen gegen die Sozialdemokratie gespickt war. Den dreifachen Unsinn dieser Erklärung kann man nur verstehen aus dem kommunistischen Bedürfnis, Agitationsstoff für die Wahlen zu schaffen. Der sozialdemokratische Redner, Genosse Dr. Lohmann, antwortete, die verneinende Politik der Kommunisten und der Deutschnationalen könne nicht mehr zureichend, das werde man am 20. Mai sehen.

In der fortgesetzten Aussprache über die sozialdemokratische Anfrage wegen der Experimente an lebenden Menschen in städtischen Krankenhäusern protestierte die Stadtverordnete Frau Hoffmann-Gwinner (KPD.) dagegen, daß Proletarier zu Versuchen verwendet werden, deren Ergebnis dann nur den begüterten Kreisen zugute komme. Nach unserer Genossin Dr. Frankenthal, die sich gegen Vorkürfe der Borrednerin wehren mußte, verteidigte der Demokrat Dr. Junack das Recht der Wissenschaft auf Versuche. Stadtmedizinalrat Prof. Dr. v. Drögalski betonte, daß in Zukunft Experimente in städtischen Heilanstalten und Krankenhäusern nur mit Zustimmung der Patienten oder deren Pflanzberechtigten gemacht werden dürfen. Trotzdem habe er, Redner, besonders bei Versuchen an Kindern Bedenken; jeder experimentierende Arzt sollte sich stets fragen: Würdest du das Experiment auch an deinem eigenen Kinde vornehmen? Allerdings dürfte nicht vergessen werden, daß Fortschritte ohne Versuche nicht möglich sind. In vielen Fällen sind die Versuche an Patienten ausgeführt worden, die hoffnungslos krank, auch bei nur wenigen Prozenten Wahrscheinlichkeit für Heilung Vorteile gehabt hätten. Nach den Experimenten stellten sich in 50 bis 60 Proz. Heilerfolge ein. Der Stadtmedizinalrat gab zu, daß in einem Fall zu weit gegangen wurde, daß aber die Erfolge bei allen anderen Fällen die Versuche rechtfertigen. — Damit schloß die Aussprache. Die Versammlung setzte dann die

Beratung des Haushaltsplanes

fort. Nach der Berichterstattung durch Stadtv. Genossen Dr. Lohmann erklärte der Redner der Deutschnationalen Fraktion Dehlesien, daß die Deutschnationalen zu größeren Entgegenkommen bereit gewesen wären, wenn ein besserer Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben erzielt worden wäre. Stadtv. Leh (KPD.) gab eine Erklärung des Inhalts ab, daß die Kommunisten den Etat ablehnen. Der von einer sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalition zurechtgemachte Etat diene nur kapitalistischen Interessen, nicht aber denen der arbeitenden Bevölkerung. Die Sozialdemokratie hätte dadurch wieder einmal Arbeitererrat begangen usw. ufm.

Genosse Dr. Lohmann

Das Boet zu folgenden Ausführungen: Die sozialdemokratische Fraktion war sich von vornherein darüber klar, daß der Etat dieses Jahres nicht alles Wünschenswerte befriedigen konnte, daß er nur bei bewusster Beschränkung auf das Notwendige ins Gleichgewicht zu bringen war. Sie ging an die Beratungen im Ausschuss heran mit dem festen

Willen, dieses Gleichgewicht herbeizuführen, falls zwei Bedingungen erfüllt werden sollten:

1. Keine Mehrbelastung der wirtschaftlich Schwachen durch erhöhte indirekte Steuern oder Tarife.
2. Erhaltung und Verstärkung der für die Wohlfahrt der Bevölkerung eingeleiteten Ausgabenposten.

Beide Bedingungen sind erfüllt. Darum gibt die Sozialdemokratie dem Etat in der vorliegenden Form ihre Zustimmung.

Wir verhehlen uns nicht, daß die Balancierung dieses Haushalts eine Notmaßnahme darstellt. Bis zum letzten Augenblick glaubten wir damit rechnen zu dürfen, daß ein gerechter Finanzausgleich und eine erhöhte Jeweilung aus der Kraftfahrzeugsteuer uns 19 Millionen an Mehreinnahmen bringen würden. Die Hoffnung hat getrogen. Wir haben daraufhin zur radikalen Reduzierung der Ausgaben auf dem Gebiete der Schul- und Straßenbauten greifen müssen. Wir betonen darum hier, wie wir es bereits im Haushaltsausschuss getan haben, daß wir gerade diese Kosten zur vorläufigen Streichung vorgeschlagen haben, weil bei diesen Ausgaben mit den Arbeiten mindestens begonnen werden kann. Wir müssen von der Verwaltung als selbstverständlich verlangen, daß sie alle notwendigen Ausgaben für die Weiterarbeit von den städtischen Körperschaften anfordert. Wir werden alle solche Forderungen prüfen und gegebenenfalls bewilligen, unter gleichzeitiger Bewilligung der Deckung. Die schlimmste Katastrophe unseres Haushalts ist der Widerspruch zwischen den erforderlichen und verfügbaren Mitteln im außerordentlichen Haushalt. Wir sehen mit wachsender Sorge, wie die

finnlose Zustandsanleiheperre

zu ganz unhaltbaren Zuständen führt, und wir müssen die Verantwortung hierfür dem Reichsbankpräsidenten und der Reichsregierung überlassen.

Die Rechte und die sogenannte „Linke“ dieses Hauses werden dem Etat, wie gewohnt, ihre Zustimmung versagen. Wir bedauern es nicht, ihre Erfahrung hat gelehrt, daß diese Politik — ich weiß nicht, ob man sie als Abstinenz oder als Katastrophopolitik bezeichnen soll —

auf keinerlei Verständnis bei den Massen der Berliner Bevölkerung zu rechnen hat.

Die Deutschnationalen wären angeblich bereit, die Ausgaben für Wohlfahrt und Gesundheit und insbesondere für die Verbesserung des Verkehrs herabzusetzen. Wir sehen in Ruhe und Sicherheit den Tagen entgegen, in denen sie diese Ansicht vor den Massen der Wählerschaft in Berlin vertreten. Wir werden die Antwort nicht schuldig bleiben und verlassen uns getroßt auf die Einsicht der Berliner Bevölkerung. Wir rufen der Bevölkerung zu:

„Hände weg von der Beeinträchtigung des Verkehrs!“

Auf der anderen Seite steht die kommunistische Fraktion, mit der uns ja nach der treuherzigen Versicherung eines antisemitischen Berliner Blättchens ein — nach den Wahlen fälliger — Pakt verbindet. Unsere Fraktion kann versichern, daß sie nach den Erfahrungen der verflochtenen Jahre, nach der Sprunghochpolitik der kommunistischen Partei, nach all ihrer hilflosen politischen Stimmerei hier im Reichsausschuss, nach all ihrer Preisgabe lebenswichtigster Interessen der Arbeiterschaft keinen brennenderen Wunsch kennt, als so bald als irgend möglich wieder mit der kommunistischen Fraktion zusammenzuarbeiten, insbesondere mit ihr gemeinsam die Tarife aller städtischen Werke und Verkehrsunternehmungen zu erhöhen, wozu die Kommunisten ja nach der maßgeblichen Unterzeichnung des Antisemitenblättchens bereit ist. — Doch die Situation ist zu ernst zur Satire. Darum stellen wir nur in aller Kürze und in allem Ernst folgendes fest:

Der geniale Steuerplan der KPD. nach einer Woh-

nungsluxussteuer ist eine demagogische Airappe, an deren Füllung die einsichtigeren Führerschaft der Fraktion selbst nicht glaubt. Keine der in Vorschlag gebrachten Steuern hat auch nur die geringste Aussicht auf Genehmigung durch die Aufsichtsbehörden. Die KPD. mußt uns also zu, den Hunger einer notleidenden Bevölkerung durch einen Papierregen von Barolen zu stillen.

Diese Politik verfängt nicht mehr!

Die bitterste Not macht wohl bisweilen blind, aber auf die Dauer läßt sich keine Politik treiben, die auf die Blindheit verzweifelter Volksmassen spekuliert.

Aber die KPD. lehnt ja den Etat überhaupt ab. Sie will weder diese noch andere Mittel bewilligen, obgleich der Etat so gestaltet ist, daß im Rahmen des Möglichen allen Bedürfnissen der arbeitenden und der arbeitslosen, der notleidenden Bevölkerung Berlins Rechnung getragen ist. Wert oder Unwert jeder Politik mißt sich am Erfolg.

Das, was die Sozialdemokratie an Erfolgen ihrer konsequenten Politik für die schaffenden Massen der Reichshauptstadt erreicht hat, kann keine Demagogie von rechts oder von links hinwegdiskutieren!

(Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wir verstehen Ihre Sorgen — rechts und links. Doch der Erfolg entscheidet in der Politik!

Am 20. Mai sprechen wir uns wieder!

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Merten (Dem.) bemerkte, daß Dehlesiens Rede im Gegensatz zu seinem Eifer im Haushaltsausschuss stehe. Daß der Etat nicht besser aussehe, ist Schuld des mangelhaften Finanzausgleiches, das Berlin einfach droffele. Im übrigen: Ein Stadtverordneter, der den Etat ablehnt, ist ein Wesen, das sich selbst aufgibt! Stadtv. Lange (Z.) begrüßte es, daß der Etat ohne Erhöhung der Steuern und Werttarife balanciert wurde und versprach die Zustimmung seiner Parteireunde. Der Wirtschaftspartikler Schaller lehnte den Haushaltsplan ab. Stadtv. Schwarz (Dtsh. Volksp.) bezeichnete die Annahme oder Ablehnung des Etats (zu den Deutschnationalen gewandt) nicht als eine Frage des Gefühls, sondern der Verantwortung. Seine Fraktion werde zustimmen. — In der dann folgenden umfangreichen Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag, die Mehrbelastung aus Anlaß der Lohnerböhrungen für die städtischen Arbeiter, durch eine Erhöhung des Anlaßes für die Gewerbesteuer auszugleichen, abgelehnt, dagegen wurde auf Antrag der Demokraten beschloffen, die Mehrausgaben aus den städtischen Werken (ohne Tarifierhöhung) herauszubohlen. Die Gesamtstimmung ergab die

Annahme des Etats

mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Demokraten, der Volkspartei und des Zentrums.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte einen Antrag eingebracht, wonach vom Magistrat die Vorlage eines

zusätzlichen Wohnungsbauprogramms

für 1928 verlangt wurde. Der Magistrat brachte daher in einer Vorlage die Forderung nach Bewilligung von 30 000 000 Mark für den Wohnungsbau. Im Hinblick wurde nach längerer Aussprache der Magistratsvorlage über die Bereitstellung von 30 Millionen Mark für den Wohnungsbau zugestimmt, jedoch zugleich beschloffen, daß von diesen 30 Millionen zunächst nur 15 Millionen zur Verwendung als Zusatzhypotheken freigegeben werden sollen. Der sozialdemokratische Antrag betreffend das zusätzliche Wohnungsbauprogramm (ohne Hauszinssteuer) wurde veragt. Der Ausschuss wird baldmöglichst wieder einberufen werden. Genosse Rogay betonte, daß auch in diesem Jahre mindestens das Wohnungsbauprogramm des Vorjahres erreicht werden müsse und daß deshalb die vollen 30 Millionen Mark sofort bereitgestellt sind. Rogay beantragte die Wiederherstellung der Magistratsvorlage. So wurde dann auch beschloffen. — Der im letzten Stadtverordnetenbericht erwähnte Antrag wegen einer weitgehenden Unterstützung der Konsumgenossenschaft, mit dem sich die Kommunisten der Konsumgenossenschaft wieder aufdrängen, wurde einem Ausbruch überwiesen.

Für die Instandsetzung und Veränderung des Restaurants bei der Städtischen Oper in Charlottenburg wurden erhebliche Nachbewilligungen verlangt. Genosse Dr. Weinberg bemerkte

Menschen, Göttern gleich...

78] Roman von Herbert George Wells.

Die Rückkehr des Erdlings.

1.

Zu früh kam der Morgen, an dem Mr. Barnstaple zum letztenmal über die schönen Berge Utopiens blickte und an das große Experiment herantreten sollte, dem er sich gewidmet hatte. Er hatte keine Lust zu schlafen gehabt und er hatte in dieser Nacht auch wenig geschlafen. Und in der frühen Dämmerung war er draußen, zum letztenmal angetan mit Sandalen und dem leichten weißen Gewand, das seine utopische Kleidung geworden war. Bald würde er sich in Strümpfe, Schuhe, Beinkleider und Kragen zwingen müssen; in die seltsamste Tracht. Er fühlte, daß sie ihn ersüden würde, und er strakte seine nackten Arme zum Himmel, gähnte und füllte seine Lungen mit Luft. Das Tal unten schlummerte noch unter einer Decke wogender Nebel; er wandte sein Anlitz den Bergen zu, um so der Sonne früher zu begegnen. Noch niemals zuvor war er in so früher Stunde zwischen den utopischen Blumen gewesen; es war unterhaltend zu sehen, wie einige der großen Trompetenblüten noch im Schlafe ihr Haupt hängen ließen und wie manche von den größeren Blüten zusammengerollt herunterhing. Auch viele Blätter waren zusammengefallen, so schlaff wie frisch ausgetrocknete Falter. Die Sommersäbelpinner waren fleißig gewesen und alles war ganz durchnäht vom Tau. Ein großer Tiger kam plötzlich aus einem Seitenweg auf ihn zu und starrte ihn einige Augenblicke mit runden gelben Augen an. Vielleicht versuchte er, sich an die vergessenen Instinkte seiner Gattung zu erinnern.

Ein Stück oberhalb führte die Straße unter einem zinnaberröten Lorbogen hindurch und dort saß Barnstaple eine Flucht von Steinlöwen hinauf, die ihn früher auf den Gipfel bringen sollten.

Eine Anzahl freundlicher, kleiner Vögel, sehr bunt gefärbt, flog eine Zeitlang um ihn herum und einer setzte sich vertraulich auf seine Schulter; aber als er die Hand hob, um ihn zu streicheln, entwich er ihm und flog davon. Er stieg immer noch die Treppe hinauf, als die Sonne aufging. Es war, als ob die Berge aus einem graublauen Schleier schlüpfen und die goldene Schönheit ihres Wuchses entblühten.

Mr. Barnstaple gelangte auf einen Treppenabsatz und blieb stehen, er stand ganz still da und beobachtete, wie die aufgehende Sonne die schweigenden Tiefen des Tales unten aufsuchte und besetzte.

In weiter Ferne erschien, wie ein von Osten nach Westen geschossener Pfeil, eine Linie von blendender Heiligkeit über dem See.

„Heiterkeit,“ murmelte er, „Schönheit. Alle Menschenwerke — in vollkommener Harmonie... Die Seelen zum Einklang gebracht...“

Entsprechend seiner journalistischen Gewohnheit versuchte er sich in Phrasen. „Ein tatkräftiger Friede... alle Verworrenheit gelöst... Eine Welt der Geister, kristallklar...“

Was sagen Worte?

Eine Welle stand er ganz still lauschend da; denn oben von einem Berghang war eine Verhe himmelwärts gestiegen und sandte süße Töne aus. Er versuchte das kleine Pünktchen Gelang zu sehen und wurde durch das strahlende Blau des Himmels geblendet.

Jetzt kam die Verhe herunter und hörte auf zu singen. Utopien lag in Schweigen, nur das helle Lachen eines Kindes ertönte plötzlich irgendwo unten auf dem Berghang.

Mr. Barnstaple wurde sich bewußt, wie friedvoll die utopische Luft im Vergleich zur vergewaltigten Atmosphäre der Erde war. Hier gab es kein Geklaff und Heulen müder oder gereizter Hunde, kein widerliches Geschrei, Gebrüll, Sequoie und keinen jämmerlichen Ausschrei ängstlicher Tiere, keinen Wirtschaftslärm, keine Wutschreie, kein Geböle und Husten, keinen Lärm von Hämmern, Klopfen, Sägen, Schleifen, Sirenengeheul, Pfeifen, Kreischen und ähnlichem, kein Rattern eiserner Eisenbahnzüge, kein Geräusch von Automobilen oder anderen schlecht konstruierten Mechanismen; die ermüdenden und höflichen Geräusche mancher unangenehmer Wesen waren nicht mehr zu hören. In Utopien herrschte sowohl für das Ohr wie für das Auge Friede. Die Luft, einst von unentwirrbaren Geräuschen verweht, war jetzt — gereinigte Stille. Die Laute, die man hörte, lagen darüber wie ein wunderschöner Druck auf einem edlen Blatt Papier.

Seine Blicke kehrten zur Landschaft unten zurück, als sich die letzten flogigen Spuren des Nebels auflösten. Wasserbeden, Straßen, Brücken, Gebäude, Erdwälle, Säulenhallen, haine, Gärten, Kanäle, Springbrunnen, Wasserfälle tauchten vielfältig in Klarheit auf, eingerahmt von einem Ast mit buntem Laubwerk eines weißstämmigen Baumes, der

zwischen dem Felsstein, auf dem Barnstaple stand, Wurzel gefaßt hatte.

„Vor dreitausend Jahren war dies eine Welt wie unsere... man denke nur! — in hundert Generationen... In dreitausend Jahren könnten wir unsere arme Erde, die Erde, das Dschungel und die Wüste, Schlackenhalde und Spelunken in solch einen Himmel voll Schönheit und Kraft verwandeln.“

Zwei Welten — einander ähnlich aber nicht gleich... Wenn ich erzählen könnte, was ich gesehen habe!... Wenn alle Menschen sich dieses Bild von Utopien machen könnten. Sie würden es nicht glauben, wenn ich es ihnen erzählte, nein... Sie würden wie Esel schreien und mich wie Hunde anknäueln!... Sie wollen keine andere Welt außer ihrer eigenen. Es ist ihnen unangenehm, an eine andere Welt als in ihre eigene zu denken. Nichts kann getan werden, was nicht schon getan worden wäre. Anders zu denken wäre Erniedrigung... Tod, Folter, Aussichtslosigkeit, alles, nur keine Erniedrigung! So sitzen sie zwischen Unkraut und Auswurf, tragen sich, rufen einander weise zu und hoffen, einander zu übertrumpfen, wenn es ans Raufen geht. Sie weiden sich an Leiden und Anstrengungen anderer und sind überzeugt, daß die ganze Menschheit gestunken hat, stinkt und immer stinken muß, daß der Gestank wirklich sehr angenehm sei und daß es unter der Sonne nichts Neues gebe...“

Seine Gedanken wurden durch zwei junge Mädchen, die eines hinter dem anderen die Stiege heraufgerannt kamen, abgelenkt. Eine war dunkel, fast schwarz, und ihre Hände waren mit blauen Blumen gefüllt; die andere, die sie verfolgte, war ein oder zwei Jahre jünger und goldblond. Sie waren erfüllt von der schrankenlosen Erregung junger Tiere beim Spiel. Die erste war so sehr mit der anderen beschäftigt, daß sie Mr. Barnstaple mit einem überraschten Ausschrei erst entdeckte, als sie den Treppenabsatz erreicht hatte. Sie gudte ihn mit einem schnellen, fragenden Blick an, ihre Blicke leuchteten in jeder Schmelerei auf, sie warf ihm zwei blaue Blumen ins Gesicht und war die Stiegen schon weiter hinauf und davon. Ihre Gefährtin, bestrebt, sie zu fangen, flog vorüber. Sie flatterten die Stiege hinauf wie zwei Schmetterlinge, gelb und rot; weit oben hielten sie inne, kamen zu einer kurzen Beratung über den Fremden zusammen, winkten ihm mit den Händen und verschwanden.

Mr. Barnstaple erwiderte ihre Grüße und blieb aufgereizt zurück.

(Fortsetzung folgt.)

dazu, daß die Praktiken bei dem Umbau ein Standal seien. Der Vorschlag sei um 215 Proz. überschritten worden, und das in einem Bezirk, der nicht „rot“ ist. Die Stadtverordneten **Dankow** (D. Sp.) und **Bender** (Dnat.) entschuldigten die Ueberschreitung des Vorschlages mit nachträglichen Änderungen des Bauplans. Die Nachbewilligung wurde bewilligt. — Eine ganze Reihe Vorlagen wurden ohne Aussprache angenommen.

Der „Schwarze Fonds“.

Die Veruntreuungen beim Provinzialverband Brandenburg

Das Große Schöffengericht Mitte hatte gestern den Landesinspektor Paul Bloß wegen der Veruntreuungen aus dem „besonderen Fonds“ des Provinzialverbandes Brandenburg abzuurteilen. Bekanntlich hat die Strafkammer des Angeklagten seinerzeit zu scharfen Auseinandersetzungen im Brandenburgischen Provinziallandtag geführt, wobei man diesen „besonderen Fonds“ von 603 000 Mark als einen „Schwarzen Fonds“ bezeichnete.

Der besondere Fonds war aus dem Erlös von Anstaltsbeständen aus der Inflationszeit im Jahre 1924 gebildet worden und sollte außerhalb der Kontrolle des Provinzialausschusses zur Ergänzung der während der Inflationzeit heruntergewirtschafteten Einrichtungen von Pflanzschulen und anderen Provinzialinstituten schnell verbraucht werden. Der Landesinspektor Bloß hatte die Rechnungen zu prüfen und mit dem Zustimmungsovermerk zu versehen. Diese Stellung hat er in den Jahren 1924 bis 1926 dazu ausgenutzt, fingierte Rechnungen unterzuschreiben, mit der Gegenunterschrift des Bureauvorstehers und den entsprechenden Zahlungsanweisungen zu versehen, um dann die angewiesenen Beträge auf ein Postkontokonto, in einzelnen Fällen auch auf ein Bankkonto dritter Personen überweisen zu lassen. Von dort hob er die Beträge ab und verbrauchte sie. Die Einrichtung der Konten hatte er durch den Landesinspektor Gräger sich beschaffen. Diesem hatte er erzählt, daß er für einige Anstaltslieferungen machen könne und dadurch einen erheblichen Zwischenerdienst haben würde. Gräger mußte ihm auch einige Gelder als angebliches Betriebskapital zur Verfügung stellen und erhielt dafür regelmäßig einige hundert Mark als angeblichen Gewinnanteil. Nachdem Bloß auf diese Weise 31 000 Mark unterschlagen hatte, wollte er einen großen Schlag machen und ließ eine Rechnung von 8000 Mark auf das ihm zur Verfügung stehende Postkontokonto des Schwagers von Gräger überweisen. Diesmal fiel dem Buchhalter an der Kasse auf, daß ein so hoher Betrag über das Postkontokonto gehe, und er verlangte eine Rückfrage. Der Angeklagte verlor den Kopf, weil er dachte, nun sei alles entdeckt, und blieb vom Dienst weg. Erst jetzt kam man auf den Gedanken, daß etwas nicht in Ordnung sei, und so wurden die Veruntreuungen aufgedeckt. Der Angeklagte war vor Gericht in vollem Umfange geständig, konnte aber keine Aufschlüsse geben, wofür er in zwei Jahren diese große Summe verausgabt habe. Er entschuldigte sich damit, daß er mehrere tausend Mark Schulden gehabt habe und dadurch zuerst auf den Gedanken gekommen wäre, sich aus dem besonderen „Fonds“ Geld zu verschaffen. Auf eine weitere Frage des Vorsitzenden, ob ihm durch eine mangelhafte Kontrolle die Veruntreuungen besonders leicht gemacht worden seien, verzweigte der Angeklagte jede Auskunft, da er gegen seine frühere Behörde nichts sagen wolle. Sehr dunkel ist die Rolle, die in der ganzen Angelegenheit der Landesinspektor Gräger gespielt hat, gegen den auch wegen Mitbeteiligung ein erheblicher Verdacht entstanden war. Es scheint auch gegen ihn ein Disziplinarverfahren, das nach Abschluß dieses Strafprozesses zur Entscheidung kommen wird. Landgerichtsdirektor Marcard nahm in Uebereinstimmung mit allen Prozeßbeteiligten von einer Verurteilung Grägers nach dem Offizialstandnis des Angeklagten Abstand, da er den Zeugen nicht in die schwierige Situation bringen wollte, unter Eid auszusagen.

Staatsanwalt Heims beantragte gegen den Angeklagten 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis, wobei er ihm mildernde Umstände zubilligte. Das Schöffengericht ging angesichts der Reue des Angeklagten noch unter diesen Antrag hinunter und verurteilte Bloß wegen schwerer Urkundenfälschung in 10 Fällen und Betruges zu 8 Monaten Gefängnis.

Reichsgericht und Republikshutzgesetz.

Ein Urteil durch vier Instanzen.

Ein Berliner sich radikal gebärdendes Abendblatt hatte eine seiner üblichen Beschmähereien vom Stapel gelassen. Als Minister-Reichstanzler **Marx** seinen Kompromißantrag in der Festschreibungsabhandlung zurückgezogen hatte, ohne seine Demission einzugehen, obgleich er eben erst erklärt hatte, daß er mit seinem Antrag stehe und falle, schrieb das genannte Abendblatt: „Wenn das Republikshutzgesetz nicht wäre, so würden wir sagen: Fort mit dieser Schieberregierung und ihrer ganzen Schieberrepublik. Da das Republikshutzgesetz aber besteht, sagen wir es nicht.“ Diese Rede wurde dem verantwortlichen Redakteur des Blattes eine Anklage wegen Beschimpfung der Republik. Die erste Instanz verurteilte ihn zu 2 Monaten Gefängnis. Die Beschimpfung, sagte die Urteilsbegründung, sei im höchsten Grade grob. Die zweite Instanz sprach den Redakteur frei, denn „im politischen Kampfe werde verschiedenes gesagt, was nicht gerade auf die Goldwaage zu legen sei.“ Das Reichsgericht hob das Urteil der zweiten Instanz auf; dem es sei Aufgabe der Besetze und der Gerichte, den politischen Kampf zu vereiteln. Also kam die Angelegenheit zum vierten Male vor Gericht: Die Gefängnisstrafe von 2 Monaten wurde in eine Geldstrafe von 500 M. umgewandelt. Interessant ist, daß die Entscheidung des Reichsgerichts von dem gleichen 4. Strafsenat gefällt wurde, das bei einer anderen Gelegenheit in dem Ausbruch „Judenrepublik“ keine Beschimpfung erblicken konnte. Allerdings, jener Ausbruch war von rechter Seite gefallen.

Ausstellung von Buchdrucker-Lehrlingsarbeiten.

In der 3. Berufsschule sind alle Lehrlinge aus dem Buchdrucker-Setzer- und Buchbinderberuf verpflichtet, vom 14. bis zum 17. Jahre ihre theoretische Fachausbildung zu erwerben. Die Schule in der Wrangelstr. ist für Groß-Berlin viel zu klein. Der Unterricht muß deswegen für verschiedene Gewerbe, wie z. B. für die Lithographen und Chemigraphen gemeinsam erteilt werden. Dieser Mangel an Raum leidet die Schule auch noch an Mangel an ausgebildeten graphischen Bädagogern, da leider immer noch Leute aus der Praxis höchstens im Zivildienstvertrage unterrichten dürfen. Hoffentlich nimmt sich der Magistrat der Verhältnisse in der graphischen Berufsschule bald einmal so an, wie es nötig ist, damit nicht die Schulen anderer Städte, wie Leipzig und München, Berlin überflügeln. Es wäre auch wünschenswert, daß die Druckereibesitzer sich damit einverstanden erklären würden, den Unterricht während der Arbeitszeit abhalten zu lassen, damit die Freizeit der Jugendlichen nicht darunter leidet. Mit den recht bescheiden vorhandenen Mitteln ist aber trotzdem ohne Anspruch auf Spitzenleistung recht Er-

Die Berliner Frauen marschieren.

Glänzender Verlauf der gestrigen Kundgebungen.

Zu einer gewaltigen Kundgebung gestaltete sich gestern der Wahl-demonstrationszug der Berliner Frauen. In drei der größten Säle Berlins, in den Prachtzügen am Märchenbrunnen (Friedrichshain), in den Pharusssälen in der Müllerstraße und in Klems Festsälen in der Hasenheide, waren Tausende und Abertausende von Wählerinnen erschienen.

In den Pharusssälen.

Der dritte Wahlkreis Wedding hatte in den Pharusssälen Müllerstraße eingeladen. Ein eindrucksvoller schier unendlicher Zug von Frauen und Genossen setzte sich Ecke See- und Müllerstraße in Bewegung, um auf seinem Marsche die Züge der Bankower, Reinickendorfer und Charlottenburger Bezirke aufzunehmen. Unübersehbar in seiner Länge, marschierte dieser Zug in der Dämmerung des Abends, ein Wald von roten Fahnen, die grell gegen den grauen Himmel sich hoben. Die Musikkapellen mit ihren anfeuernden Arbeitermärschen lockten die Zuschauer zu Tausenden an, die links und rechts die Fahrdämme und Bürgersteige überfüllten. Aus allen Fenstern sahen die Bewohner der Häuser herab und von den meisten erklangen laute Begrüßungen; ebenso erkund man aus der Stimmung der Marschierenden auf der Straße, daß das wertvolle Volk des Berliner Nordens endlich von den kommenden Wahlen eine Befreiung aus den unerträglichen Verhältnissen erhofft. Der Saal war bereits vor Beginn überfüllt, so daß für die vielen Einladungsbegehrenden eine Parallelversammlung in den unteren Räumen abgehalten werden mußte. Genossin Köhler sprach über die Anteilnahme der Frauen bei der Entwicklung des Wahlrechts in den vergangenen Jahrzehnten. Wäre der Umsturz nicht gekommen, so hätten die Frauen nicht das Wahlrecht und die Männer noch das Dreiklassenwahlrecht. Das sollten die Frauen nicht vergessen, daß es die Sozialdemokraten waren, die sofort in der Revolution das allgemeine Wahlrecht proklamierten.

Genossin Berthe Masson-Brüssel überbrachte Grüße der belgischen Genossen. In ihrer Rede betonte sie, daß eine bedeutende Frage nicht außer Auge gelassen werden darf: der Frieden. Wir wissen, was der Krieg ist, wir haben auch seine Folgen erlitten. Er schwächt die Arbeiterorganisationen. Bergschicht warten wir noch auf eine allgemeine Entwaffnung. Grausamkeit und Rohheit waren nicht das Monopol eines Volkes. Wann werden alle Arbeiter verstehen, daß die Kapitalisten den Krieg brauchen, um die Arbeiter von ihren Interessen abzulenken. Die Wahlen in Deutschland werden ein Maßstab sein für die belgischen Wahlen 1929. Die Ausführungen der Rednerinnen wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Rassenaufmarsch in der Hasenheide.

In drei riesigen Zügen marschierten die Frauen des Kreis Kreutzberg, Tempelhof, Schöneberg, Wilmersdorf und des 16. Kreises (Köpenick) von ihren verschiedenen Sammelpunkten durch die Stadt zur Hasenheide, wo sie zur Kundgebung in Klems Festsälen zusammentrafen. Die Züge, die von Reichsbannerkapellen und zahlreichen Tambourkorps geführt wurden, und in denen auch die „Sozialistische Arbeiterjugend“ stark vertreten war, wurden bis zu ihrem Ziel von großen Menschenmassen begleitet. Zahllose Transparente, Banner und Fahnen vervollständigten das imposante Bild. Schon lange vor Beginn war das Versammlungstotal dicht besetzt, so daß eine Parallelversammlung im kleinen Saal abgehalten werden mußte. Dort sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Franz Künster, dessen Ausführungen mit nicht endenwollendem Beifall aufgenommen wurden. Im großen Saal sprach die Landtagsabgeordnete Genossin Gertrud Hanna. Sie erinnerte an die Kämpfe um die Wahlreform und an die Entrechtung der Frauen im alten Staat, der von dem Geiste brutaler Junkerherrschaft beherrscht wurde. Die Sozialdemokratie war die einzige Partei, die, allem Hohn und Widerspruch zum Trotz, unerbittlich für die Befreiung der Frau gekämpft hat. Nicht eine bürgerliche Partei hat ihr in diesem Kampfe beigetragen. Erst die Revolution öffnete den Frauen den Weg zur Wahlurne. Leider haben die vergangenen Wahlen gezeigt, daß die Frauen von ihrem Wahlrecht nicht den richtigen Gebrauch gemacht haben, so daß die Reaktion wieder zur politischen Macht kommen konnte. Am 20. Mai muß

ein anderes Resultat erzielt werden, indem jede Frau ihre Stimme der Sozialdemokratie gibt.

Mit brausendem Beifall beantwortete die Versammlung den eindrucksvollen Appell der Rednerin. Dann lief der Film „Dein Schicksal“, dessen wirkungsvolle Bilder spontanen Beifall hervorriefen. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Partei und dem gemeinsamen Gesang der „Internationalen“ fand die imposante Kundgebung einen erhebenden Ausklang.

Auch die Kundgebung im Friedrichshain nahm einen glänzenden Verlauf.

Republikanischer Abend in Wilmersdorf.

Größer noch als der politische ist der wirtschaftliche Schaden, den ein Jahr Bürgerblock anrichtete. Das wurde in glänzender Weise von dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Kurt Heinig auf dem Republikanischen Abend in Wilmersdorf bewiesen.

Genosse Heinig führte aus: Die Deutschnationalen sind in die Regierung gegangen, haben das Republikshutzgesetz und die Verständigensaußenpolitik geschickt, um bei der Verteilung der Kosten ein gemächliches Wort mitreden zu können. Sie haben den Regierungsapparat zu Parteigehilfen bemutet, haben Zölle Steuern und Subventionen so verteilt, daß die Kosten auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung abgeladen wurden und der Nutzen ausschließlich den Industriemagnaten und Großgrundbesitzern zufließt. Jedes Gesetz, das in diesem letzten Jahre vom Regierungsbüro geschaffen wurde, zeigt deutlich die Tendenz, den Großen zu helfen und den Kleinen noch mehr aufzubürden. Die Sozialdemokratie wendet sich in diesem Wahlkampf vor allem an die Frauen. Sie sollen sich nur in ihrer Küche umsehen. Dort haben sie eine Hochschule für Politik. Sie müssen nur hören lernen, was die Preise der Lebensmittel und Bedarfsartikel lazen. Jeder Preis ist davon abhängig, wie wenig oder wie stark sich die arbeitende Bevölkerung in der Politik und Wirtschaft durchzusetzen vermag. Großer Beifall dankte dem Referenten. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Kundgebung geschlossen.

Die Republik den Republikanern.

Eine eindrucksvolle Kundgebung veranstaltete in Tempelhof die 85. Abteilung der Sozialdemokratischen Partei im Restaurant „Birkenwäldchen“. Ein durch ganz Tempelhof marschierender Demonstrationszug, an dem das Reichsbanner mit einem Tambourkorps, die Partei und die sozialistische Arbeiterjugend äußerst stark beteiligt waren, bildete einen wirkungsvollen Auftakt. Es war ein erhebender Anblick, als der von hundertern begleitete und von hellem Feuerschein erleuchtete Zug nach fast 1 1/2 stündigem Umzug in das Versammlungstotal einzog. Dort sprach Landtagsabgeordneter Genosse Erich Kuttner zu den Massen. Mit packenden Worten zeichnete er das Bild der Bürgerblockregierung, deren Politik für das arbeitende Volk so verhängnisvoll war. Der Redner erinnerte an die Erhöhung der Zölle, die ungenügende Senkung der Lohnsteuer, die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung, den Abbau der Krisenfürsorge und die weitere Untergrabung des Achtstundentages durch das Arbeitszeitgesetz. Der Bürgerblock hat das arbeitende Volk viele tausend Millionen gekostet. Die „notleidende“ Industrie unterstützt die Rechtsparteien im Wahlkampf mit riesigen Korruptionsfonds. Das zehn-jährige Jubiläum der Republik wird aber trotzdem im Zeichen des Sieges der Republikaner und im besonderen des Sieges der Sozialdemokratischen Partei stehen. Mit scharfen Worten wandte sich der Redner noch gegen Reudells Wüßti, den Roten Frontkämpferbund zu verbieten. Der Einspruch der preussischen Regierung zeigt allen, wie verfehlt der Kampf der Kommunisten gegen diese war. Wie in Preußen, so soll auch im Reich von den Republikanern die politische Macht erobert werden. Der letzte Mann muß darum am 20. Mai seine Wahlpflicht erfüllen, indem er für die Sozialdemokratie stimmt. Dem Redner dankte brausender Beifall. Mit einem dreifachen begeistert aufgenommenen Hoch auf die Partei fand die machtvolle Kundgebung ihr Ende.

freuliches in dieser Ausstellung im Buchgewerbe, Dreibundstraße, zu sehen. Bei den Setzern und Druckern wird gleichmäßig viel Wert auf Erhaltung der Form der Buchstaben und der richtigen Raumverteilung gelegt. Großen Wert mißt man auch der Ausbildung der Entwicklung des zweiseitigen Farbtrusses bei. Übungen zum Ausschneiden der Bogen sind zu sehen. Bei den Lithographen und Stereotypen spielen künstlerische Momente eine größere Bedeutung. Jedenfalls läßt die Sorgfalt, die man der Ausbildung der Lehrlinge des graphischen Gewerbes widmet, zu der Hoffnung berechtigen, daß der Druckereibetrieb immer mehr von seiner Macht einbüßt.

Amtsrat Kühne freigesprochen.

Vor der Großen Potsdamer Strafkammer fand gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Hellwig die Berufungsverhandlung gegen den 41-jährigen Amtsrat Heinrich Kühne von der Oberrechnungskammer statt. A wurde im Januar d. J. vom Schöffengericht wegen Diebstahls von zwölf silbernen Wappentüffeln, die er auf einer Auktion dem Potsdamer Obergerichtsoffizier abgenommen hatte, an Stelle von drei Tagen Gefängnis zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Sowohl Staatsanwalt als auch der Angeklagte hatten gegen das Urteil Berufung eingelegt. Im Laufe der Verhandlung gab sich die Potsdamer Strafkammer zu einem Lokaltersmin in das Potsdamer Auktionslokal, in dem der Amtsrat die zwölf Tüffel gestohlen haben soll. Von dem dort vernommenen Zeugen wurde der Angeklagte schwer befaßt. Nachdem das Gericht wieder auf dem Landgericht eingetroffen war, beantragte der Staatsanwalt wegen Diebstahls an Stelle von 14 Tagen Gefängnis eine Geldstrafe von 350 M. In der Begründung führte der Anklagevertreter aus, daß der Angeklagte in irrtümlicher Weise die Beamtenchive in den Schmutz getreten habe. Nach anderthalbstündiger Beratung wurde der Angeklagte auf Staatskosten freigesprochen. In der ganz kurzen Begründung führte der Vorsitzende aus, daß das Verhalten des Angeklagten in dem Auktionslokal unbedingt sonderbar erscheinen muß. Aber es besteht Zweifel darüber, ob der Angeklagte sich die Tüffel wirklich in diebstahlischer Absicht angeeignet habe.

Grubeneinsturz durch Erdverschiebung.

Vier Bergleute verschüttet.

Bei dem letzten Erdbeben, das sich gestern im Grubenbezirk von Beuthen ereignete, und auf dem Grubenabbau zuzuschreiben ist, soll ein Gebiet von 15 Kilometer Länge und 5-6 Kilometer Breite erschüttert worden sein. Auf der Karfenzentrum-Grube der Schlesienschen Aktiengesellschaft ist eine Stütze zu Bruch gegangen, bei der vier Bergleute verschüttet wurden. An der Bergungsarbeit wurde die ganze Nacht hindurch

gearbeitet. Inzwischen ist es gelungen, mit einem der Bergleute eine Verständigung aufzunehmen. Ob die übrigen verschütteten Bergleute noch am Leben sind und ob sie zu retten sein werden, steht bis jetzt noch nicht fest.

Beuthen, 19. April.

Die Rettungsmannschaften, die die ganze Nacht hindurch tätig waren, fanden die Bergglücken nur noch als Leichen auf, deren Bergung jedoch bisher noch nicht gelungen ist.

15 Tote in Philippopol.

Verwüstungen infolge des letzten Erdbebens.

Sofia, 19. April.

Aus Philippopol wird gemeldet, daß das Erdbeben der vergangenen Nacht in den tiefer gelegenen Stadtteilen mit besonderer Heftigkeit verspürt wurde. Mehrere Tabakskuppen stürzten zusammen und begruben Menschen unter ihren Trümmern. Die Zahl der Toten wird mit 15, die der Verletzten mit 80 angegeben. Die Rettungs- und Aufräumarbeiten sind im Gange. Der südöstlich von Philippopol gelegene Bahnhof Papazly wurde zerstört, ebenso die Landwirtschaftsschule in Sadovo. Die Marienbrücke bei Papazly und der Bahnhof von Philippopovo wurden beschädigt. Der Bahnkörper in der Nähe von Papazly hat sich auf einer Strecke von zwei Kilometer um zwei Meter gesenkt. Von den Erdstößen, die um 9 Uhr abends einsetzten und bis 2 Uhr nachts dauerten, war der erste und der letzte am heftigsten. Der Ministerpräsident und der Minister für öffentliche Arbeiten haben sich nach Philippopol begeben. In Tschirpan, das bereits in der vorigen Woche von einem Erdbeben schwer heimgesucht wurde, bemächtigte sich der Bevölkerung eine solche Panik, daß mehrere Personen den Verstand verloren.

Verkehrsflugzeug notgelandet.

Zwischen Zürich und Stuttgart. — Passagier verletzt.

Gestern mußte das auf dem Fluge von Zürich nach Stuttgart befindliche Verkehrsflugzeug D 948 wegen schlechten Wetters eine Zwischenlandung bei Pasingen vornehmen. Bei der Landung wurde die Maschine teilweise schwer beschädigt. Einer der acht Insassen erlitt einen Beinbruch.

Neben Probleme des Berliner Krankenwesens bricht Stadtrat Genosse Dr. Kozach in einer Sitzung der Berliner Gesundheitskommission am Dienstag, dem 24. April 1928, abends 8 Uhr, im Englischen Institut der Universität Berlin, Dorosteenstraße 28 a. Gäste nichtkommen.

Zur Neuordnung des Bestattungswesens.

Mit im Vordergrund der Verwaltungsjorgen der Stadt Berlin steht die Neuordnung des städtischen Bestattungswesens. Der Magistrat hat jetzt durch seine Deputation für das Siedlungs- und Wohnungswesen umfangreiches Material zusammengestellt, das nicht nur einen interessanten Aufschluß über die Berliner Friedhöfe und den Betrieb auf ihnen gibt, sondern auch Probleme stellt, die für die Berliner Bevölkerung von großer Bedeutung sind.

Zeitlich sind im neuen Berlin nicht weniger als

249 Friedhöfe

vorhanden. Von diesen gehören 154 den Kirchengemeinden und nur 88 der Stadt Berlin. Ferner sind noch als Friedhofseigentümer der Staat, 2 Privatpersonen und die russische und türkische Kolonie zu verzeichnen. Die 249 Friedhöfe haben eine Gesamtgröße von etwa 1025 Hektar und sind mit Schätzungsweise 150 Hektar in Bauzone V, mit 80 Hektar in Bauzone IV, mit 175 Hektar in Bauzone III, mit 360 Hektar in Bauzone II und mit 270 Hektar in Bauzone I gelegen. Die hohe Zahl der kirchlichen Begräbnisplätze erklärt sich daraus, daß bis zum 17. Jahrhundert die Bestattung der Toten ausschließlich als Aufgabe der Kirchengemeinschaft galt. Erst nach dieser Zeit wurden bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts vereinzelte Gemeindefriedhöfe angelegt, aber beinahe ausschließlich zur Beerdigung der Ortsarmen benutzt. Ende des 19. Jahrhunderts trat jedoch hierin ein erheblicher Wandel ein, als nun auch diejenigen Kreise der Bevölkerung, die sich innerlich überhaupt nicht mehr oder nicht mehr so stark wie früher mit der Kirche verbunden fühlten, die Bestattung auf einem Gemeindefriedhof wünschten. Dieser Wandel wurde natürlich von den Kirchenbehörden mit großer Sorge verfolgt. Sie wollten ihren Einfluß auf die Bevölkerung nicht nur behalten, sondern noch stärken. Das Bestreben ist durchaus verständlich, wenn man bedenkt, daß jeder Kirchenaustritt auch eine Verringerung des Kirchensteuerbeitrags bedeutet. Der Krieg 1870/71, der industrielle Aufschwung Deutschlands, die Freidenkerbewegung, die Einführung der Feuerbestattung und letzten Endes der Weltkrieg 1914/18 mit seinen für die deutschen Arbeitnehmer so niederdrückenden Wirkungen waren naturgemäß ein guter Nährboden für die Einstellung der breiten Masse gegen die Kirche. Ihr konnten die Kirchengemeinden nicht Einhalt bieten und wollten nun wenigstens ihre Sonderstellung als Friedhofseigentümer festigen. Um dieses Ziel zu erreichen, erwarb

die Berliner Stadtynode

Amfang des 20. Jahrhunderts große Geländestücken in Ahrensfelde, Mühlenbeck und Stahnsdorf und richtete dort Zentralfriedhöfe ein, die infolge ihrer Größe auf mehrere Jahrhunderte zur Beerdigung der Anhänger der evangelischen Landeskirche dienen können. Es ist selbstverständlich, daß diese 3 synodalen Kirchhöfe sich erst des erwarteten Zuspruchs erfreuen können, wenn die über 100 kleinen Friedhöfe der evangelischen Kirchengemeinden für Beerdigungszwecke geschlossen sind. Bis zu diesem Zeitpunkt bleiben die 3 erwähnten Kirchhöfe Zuschußbedürftig für die Synode, d. h., die entstehenden Ausgaben werden durch Begräbnisgebühren nur zum Teil gedeckt und müssen in der Hauptsache aus dem Einkommen an Kirchensteuern bestritten werden. Auch dieser Umstand mag für die Synode ein Grund gewesen sein, durch die Presse aufzulegen zu lassen, die kirchlichen Zentralfriedhöfe auch für die Zwecke der Stadt nutzbar zu machen oder mit anderen Worten, die Stadt möge auf die Unterhaltung eigener kommunaler Zentralfriedhöfe ganz oder teilweise verzichten. Einen solchen Verzicht zu erwidern, hieße von dem Recht der Selbstverwaltung nicht Gebrauch zu machen, den die überwiegende Mehrheit der Berliner Bevölkerung in dieser Frage von den Gemeindeförperschaften erwartet. Die Stadt Berlin wird die Hilfe der Stadtynode nicht in Anspruch nehmen, aber es auch ganz entschieden ablehnen, ihrerseits zur Besserung der Finanzlage der Kirche beizutragen. Dringend notwendig ist die

Schließung aller Begräbnisplätze innerhalb des eig. bebauten und dicht besiedelten Stadtgebietes.

Die durch diese Maßnahme zu gewinnenden Freiflächen werden etwa 400 Hektar groß sein und als öffentliche Anlagen recht erheblich zur Auflockerung der Wohngebiete beitragen. Die Berliner Gemeindebehörden versuchen, das Friedhofsproblem durch die

Anlage mehrerer Hauptfriedhöfe

in den verschiedenen Außenbezirken an der Reichsgrenze zu lösen. Bei der Errechnung des Bedarfs an Gelände ist davon ausgegangen, daß Berlin einmal eine Einwohnerzahl von 10 Millionen haben wird und Erd- und Feuerbestattung im gleichen Verhältnis erfolgen werden. Unter Berücksichtigung dieser und nach einer Reihe weiterer Umstände ergibt sich ein Bedarf an Gelände von insgesamt 600 Hektar. Ueber die Zahl und die in Aussicht genommene Lage der künftigen Berliner Hauptfriedhöfe kann im Augenblick deswegen nichts gesagt werden, weil noch ein Teil des Geländes anzufaufen ist und Preisstreitigkeiten nicht Vorhanden gelöst werden können. Unbedeutend notwendig ist jedoch, daß der Erwerb mit größtmöglicher Beschleunigung durchgeführt und das Gelände durch Ausweisung als Freifläche sichergestellt werden muß. Ueber

die städtischen Krematorien

haben wir an dieser Stelle bereits gelegentlich der Leichenbearbeitung in Bismarckdort eingehend berichtet und brauchen hier nur folgendes ergänzend hinzuzufügen. 5 Feuerbestattungsanlagen werden für ausreichend erachtet. Jede Anlage soll 3 Oefen und 3 Kapellen zum Abhalten der Trauerfeiern erhalten. Zur Sicherung eines von Anfang bis Ende würdigen Verkehrs der Feierlichkeit wird die Zeit für die einzelne Veranstaltung nicht mehr als, sondern 1/2 Stunde dauern. Auch wird es in Zukunft möglich sein, die Feiern in der Zeit von 10—18 Uhr, statt bisher von 8—19 oder gar 20 Uhr abzuhalten. Die Absicht, fortan Krematorien nicht mehr im Zentrum der Stadt, sondern auf den künftigen Berliner

Hauptfriedhöfen zu errichten, wird sicher die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Berliner Einwohner finden. Einen weiteren Teil der Neuordnung des städtischen Bestattungswesens bilden die Entwürfe für eine neue

einheitliche Friedhofs- und Gebührenordnung.

Hierbei sei auf eine bisher wenig bekannt gemachte Verpflichtung des Magistrats aus dem Jahre 1913 hingewiesen. Als im Jahre 1910 Alt-Berlin die Anlage eines neuen Gemeindefriedhofes beschloß, erhob das Konsistorium der Provinz Brandenburg hiergegen Einspruch mit dem Erfolg, daß dem Magistrat Berlin die Verpflichtung auferlegt wurde, jeden Erwerber einer Grabstelle auf die Auslösung aus dem Parochialzwang hinzuweisen, hierüber ein Protokoll auszuweihen und die zuständige Kirchengemeinde schriftlich zu benachrichtigen. Durch die Erfüllung dieser Auflage würde sich die Stadt ohne weiteres der Kontrolle durch die Stadtynode unterwerfen. Es ist eine Zumutung, die im Interesse der Selbstverwaltung nicht scharf genug zurückgewiesen werden kann. Im Entwurf der neuen Friedhofsordnung ist auch eine Bestimmung über den Parochialzwang nicht enthalten.

Bisher konnten Särge in jeder beliebigen Höhe zur Erdbestattung verwendet werden. Für künftig soll die zulässige Höhe einchl. des Fußes auf 75 Zentimeter festgelegt werden. Die Gebührenordnung sieht für Leistungen, die entweder notwendig oder unter den einfachsten Verhältnissen ortsüblich sind, nur die Erhebung der Selbstkosten vor. Verhandlungen in der Deputation für das Siedlungs- und Wohnungswesen sowohl als auch in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung haben stets gezeigt, daß nicht nur die Linksparteien, sondern auch weite Kreise der bürgerlichen Vertreter der Ansicht sind, daß nicht nur die Bestattung selbst, sondern auch die Vlesierung des Sarges, der Leichenwäsche, die Stellung des Leichenwagens und die Ueberführung nach dem Friedhof ausschließlich in den Händen der Gemeinde liegen sollte. Diesen Wünschen und Anregungen wird durch die Vorschritt, daß in Zukunft bei Bestattungen auf städtischen Friedhöfen die Ueberführung durch das Stadtfuhramt erfolgen soll, Rechnung getragen werden. Das Stadtfuhramt besitzt schon seit einer Reihe von Jahren

Kraftwagen für Leichentransporte.

die sich außerordentlich gut bewährt haben. Es wird hier also keine Neueinrichtung notwendig, sondern gegebenenfalls der Ausbau derselben. Da nur die Selbstkosten zur Erhebung gelangen, wird die Maßnahme trotz des zu erwartenden Widerspruchs der Leichenfuhrunternehmer im Interesse der Bevölkerung durchgeführt werden müssen.

Die vorstehenden Ausführungen werden einen Einblick darüber gegeben haben, daß das Problem des Bestattungswesens die Stadt Berlin lebhaft beschäftigt und die zuständigen Stellen der Stadtverwaltung bemüht sind, das gesamte Bestattungswesen dem Geiste der neuen Zeit anzupassen.

KPD. „Politik.“

Die letzte Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung stand im Zeichen des beginnenden Wahlkampfes. Einen Antrag, die Berliner Straßenbahnbetriebsgesellschaft zu veranlassen, das Straßenpflaster im Gleisbereich der Straßenbahn in verkehrsmüdigem Zustand zu halten, benutzte die KPD. zu einer allgemeinen Bahreide über Straßenpflaster, Sparmassnahmen, Millionenüberschüsse, Luftdruck-

bremsen und dergl. Genosse Klose, der Fraktionsredner der SPD., charakterisierte die unfruchtbare und heuchlerische Politik der KPD., die in der Verkehrsdeputation dem 20-Pf.-Tarif zugestimmt habe und öffentlich sich über ihn entrüstete, die über lange Arbeitszeit der Straßenbahner klage und die Gewerkschaften, die mit ganzer Kraft sich für eine kürzere Arbeitszeit einsetzen, zerfahre. Dieser unfruchtbaren und verderblichen Politik gegenüber bedachte Genosse Klose die wahren Gründe der Berliner Verkehrsdeputation auf. Er wies darauf hin, daß es in Berlin im Jahre 1913 9000 Automobile gab, heute aber 67 000. Diesen gewaltig gewachsenen Verkehr vermögen die Straßen Berlins nicht zu bewältigen. Es gäbe nur zwei Wege: 1. Die Straßen werden zu wirklichen Verkehrsstraßen ausgebaut. 2. Durch Bau von Untergrundbahnen die Straßen zu entlasten. Beide Projekte kosten viel Geld: ein Kilometer Untergrundbahnbau an manchen Stellen bis 10 Millionen Mark. Die KPD. habe wohl bei der Beratung des diesjährigen Stadthaushaltsplanes nicht weniger als 170 Anträge gestellt, aber nicht einen einzigen Weg zur Durchführung dieser Wünsche zeigen können. Bei einer Anfrage der Demokraten an das Bezirksamt, wann die Wege im Sportpark Rehberge freigegeben würden, kam der dringende Wunsch der Bevölkerung nach einer Beschleunigung der Angelegenheit zum Ausdruck. Zum Schluß nahm die Versammlung einen Antrag an, eine bessere Straßenbahnerbindung von der Invalidenstraße durch die Ackerstraße nach dem Krematorium in der Gerichtstraße zu schaffen.

Neue Straßennamen in Neukölln.

Die Bezirksversammlung beschäftigte sich mit einem Dringlichkeitsanfrage der Sozialdemokraten, 2000 M. für eine Werksperimode der Neuköllner Arbeiter-Sport- und Kulturartells zu bewilligen. Da sämtliche bürgerliche Parteien der Dringlichkeit widersprachen, konnte dieser Antrag leider nicht erledigt werden. Sodann stand eine Vorlage des Bezirksamtes zur Diskussion betr. Umbenennung von Straßen im 14. Verwaltungsbezirk. Hiergegen ließen besonders die Deutschnationalen Sturm. Aber auch die Mitte hatte einiges an den vorgeschlagenen Umbenennungen auszufragen und sie wollte, zum soundsolvierten Male, diese Angelegenheit noch einmal an den Ausschuh zurückweisen. Unser Fraktionsredner, Genosse Grohmann, verteidigte die Vorlage und betonte, daß endlich auch in Neukölln alles Unrecht gutgemacht und eine Ehrung von Republikanern und Arbeiterführern dadurch herbeigeführt werde, daß man Straßen und Plätze nach ihnen benenne. Die Linke stimmte gegen den Ausschuh Antrag und sicherte die sofortige Annahme der Vorlage, wonach u. a. die Bergstraße und Berliner Straße in August-Bebel- bzw. Friedrich-Engels-Straße, die Emser Straße in Huestraße, die Fontanestraße in Rosa-Luxemburg-Straße, die Jonasstraße in Reichpietschstraße, die Kaiser-Friedrich-Straße in Karl-Marx-Straße, die Anesbedstraße in Robert-Blum-Straße, die Kölnische Allee in Luise-Zietz-Allee und weitere Straßen in Bruno-Schönlank-Straße, Konrad-Haenisch-Straße, Rollensuhrstraße, Silbersteinstraße und der Schulenburgpark in Käthe-Kollwitz-Park umbenannt werden. Nach Verabschiedung dieser Vorlage wurde einem sozialdemokratischen Antrage zugestimmt, der das Bezirksamt ersucht, bei der Leitung der Untergrundbahn dahin zu wirken, daß bei der notwendig gewordenen Räumung des Kleingartengeländes an der Grenzallee den Kleingärtnern Entschädigungen gezahlt werden.

Der Rundfunk und der erste Mai.

Keine Maifeierübertragungen?

Wir Sozialisten haben den 1. Mai zum Volkseiertag erhoben, der heute mehr denn je als ein Akt beginnender Völkerverfäherung zu gelten hat. Von der Arbeiterschaft wird er mit derselben Begeisterung wie vor 30 Jahren gefeiert. Veranstaltungen und Festlichkeiten, die auf den Weg der sozialistischen Gesellschaftsordnung hinweisen, müßten schon ihres kulturellen Inhalts wegen durch den Sender verbreitet werden. Die Arbeiterschaft, die die weitest- ausgedehnte Zahl der Rundfunkhörer stellt, fordert diese Uebertragungen, die wichtiger sind, als wenn der Sender nationalisistisch gefärbte Rundgebungen aus Tannenbergr und aus dem Reichstag übernimmt.

Der Arbeiter-Radiobund, dessen Vorsitz der Staatssekretär Friedrich Eberts, Curt Baale, inne hat, will den Rundfunk in den Dienst der kulturellen Bestrebungen der Arbeiterschaft stellen. Er fordert darum die Uebertragung der Maifeiern, die der Reichshörsendeminister v. Reudell, ohne daß er die bestehende Verfügung aufhob, im vorigen Jahr verboten hat. Das Kabinett Braun hatte die Uebertragung der Maifeiern genehmigt, nachdem die Mitglieder des politischen Ueberwachungsausschusses Preußens, Genosse Heilmann und der Demokrat Riedel, gegen den Volksparteiler Schach gestimmt hatten. Reudell griff in die Beschlüsse der preussischen Regierung ein, so daß es nur möglich war, an wenigen Sendern Vorträge, die auf die Bedeutung des Tages abgestimmt waren, zu übertragen. Nach den Angriffen, die Genosse Crispian während der Staatsberatungen im Ausschuh und im Plenum gegen die reaktionäre Tendenz der Sendebearbeitungen

richtete, versprach der Innenminister eine Prüfung unserer Forderungen. Auch wenn Reudell jemals in der Lage gewesen wäre, Prüfungen selbstständig vorzunehmen, wäre es überflüssig, ein Ergebnis abzuwarten. Deshalb hat der Arbeiter-Radiobund in einem Schreiben an die Rundfunkdirektionen erneut auf die unbedingte Notwendigkeit einer Berücksichtigung der Bedeutung des 1. Mai im Sender aufmerksam gemacht.

Von den neun Sendedirektionen haben bisher fünf geantwortet. Der Mitteldeutsche Rundfunk U.-G. unter Leitung von Dr. Jaeger teilt mit, daß er ein den Wünschen der Arbeiterschaft entsprechendes Programm für den 1. Mai vorbereitet. Ebenso ist die Schleifische Rundfunk U.-G. Breslau, bereit, den 1. Mai zu berücksichtigen. Der Berliner Rundfunk wird zwar kein Festprogramm zusammenstellen, die es den Forderungen und Wünschen der Berliner Arbeiter entspräche, aber es soll ein Vortrag übertragen werden, durch den die Bedeutung des 1. Mai Rechnung getragen werden soll. Auch die „Deutsche Welle“ will einen entsprechenden Vortrag in ihr Programm einfügen. Der Westdeutsche Rundfunk beruht sich auf das bestehende Verbot des Innenministeriums, hofft aber, eine Feiern des sozialistischen Weltanschauung nahestehenden Pastors Friese aus der Trinitatiskirche in Köln übertragen zu können.

Von den übrigen Sendedirektionen, zu denen natürlich auch München gehört, ist keinerlei Antwort eingegangen. Kein Sender wird die Veranstaltungen der feiernden Arbeiterschaft am 1. Mai übertragen, die Vorträge werden zensuriert sein, so daß es nicht möglich ist, den Rundfunk gerade an diesem Tage als internationales Verständigungsmittel zu benutzen.



Eine interessante Nachricht für alle Hausfrauen!

Es gibt vielerlei Süßspeisen, wie Flammeris, rote Grütze, Cremespeisen, Aufläufe usw., die Sie nur aus dem einzigartigen Mondamin bereiten. — Zwischendurch kochen Sie aber auch Puddings aus fertigem Puddingpulver. Daher wird es Sie gewiß interessieren, daß Ihr Kaufmann neben den bekannten Mondamin-Paketen jetzt auch ein fertiges

Puddingpulver aus echtem Mondamin führt. Dieser „Mondamin-Pudding“ ist in Päckchen zu 10, 15 oder 25 Pfg. erhältlich. Er wird Ihnen bestimmt sehr fein schmecken; denn nur dieses Puddingpulver wird aus echtem Mondamin hergestellt! Und deshalb werden Sie es nicht bereuen, wenn Sie schon beim nächsten Einkauf daran denken:

Neben Mondamin gibt's auch Mondamin-Pudding!

Rentabilität des Ruhrkohlenbergbaues.

Das Mehrheitsgutachten der Schmalenbach-Kommission und das Sondergutachten von Dr. Baade.

Das Gutachten der vom Reichswirtschaftsminister unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Schmalenbach eingesetzten Kommission über die Lage des rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaues unter besonderer Berücksichtigung der Rentabilität unterscheidet sich von dem Gutachten der ersten Schmalenbach-Kommission über den Braunkohlenbergbau in sachlicher wie in formaler Beziehung. Sachlich ist zunächst zu betonen, daß diese Kommission sich nur auf die Untersuchung der Rentabilitätsfrage auf Grund des gegenwärtigen Standes beschränkt hat, und daß sie die Frage der Möglichkeit von Ersparnissen in der Kostenwirtschaft, die bei der Braunkohlenuntersuchung das eigentliche Thema war, aus ihren Betrachtungen vollkommen ausgeschaltet hat. Der Form nach besteht der große Unterschied darin, daß das Braunkohलगutachten ein einheitliches Gutachten war, während bei dem Steinkohलगutachten die Mehrheit der Kommission, bestehend aus dem Vorsitzenden, aus den Generaldirektoren Springorum und Stein und Dr. Luft, zu Ergebnissen gelangt, die sehr erheblich abweichen von dem Sondergutachten des Genossen Dr. Baade.

Alte Grundlagen der Untersuchung.

Die Kommission ist bei der Rentabilitätsberechnung in erster Linie ausgegangen von dem Vergleich zwischen Selbstkosten und Erlösen, dem die Untersuchungen des Reichswirtschaftsministeriums bei drei Bergwerksgesellschaften für den November 1927 zugrunde lagen. Die durchschnittlichen Selbstkosten je Tonne Kohle betragen nach den Untersuchungen des Reichswirtschaftsministeriums für den November ohne Abschreibungen 13,64 M. Davon entfallen auf Löhne 7,65 M., das ist, wie die Kommission hervorhebt, einschließlich der Abschreibungen annähernd die Hälfte der gesamten Kosten. Rechnet man die Gehälter mit 0,98 M. und die Ausgaben für Sozialversicherung mit 1,18 M. hinzu, so werden durch die persönlichen Lasten 50 Proz. überschritten. 50 Proz. der Selbstkosten für Löhne bedeutet immerhin, daß noch 50 Proz. an Kosten anderer Art vorhanden sind, d. h. also daß nicht die Löhne allein für die Preisgestaltung ausschlaggebend sind.

Von den einzelnen Posten, die die Lastenrechnung enthält, wurden in der Kommission die Berechnungen des Reichswirtschaftsministeriums für Bergschäden in Höhe von 15 Pf. je Tonne in Zweifel gestellt. Diese Berechnung beruht darauf, daß das Reichswirtschaftsministerium von den tatsächlich gezahlten Bergschäden der Jahre 1925, 1926 und 1927 ein Sechstunddreißigstel dem Untersuchungsmonat zugerechnet hat. Das Mehrheitsgutachten hat sich auf Grund von Sachverständigenauslagen auf den Standpunkt gestellt, daß die künftigen Lasten des Ruhrbergbaues an Bergschäden weit über die durchschnittlichen Aufwendungen der vergangenen Jahre hinausgehen werden. Nach recht ausführlichen Darlegungen über alle nur denkbaren Momente, die die Lasten aus Bergschäden in der Zukunft einmal erhöhen könnten, erklärt das Mehrheitsgutachten, völlig davon überzeugt zu sein, daß, wenn ein mittlerer Satz von 30 Pf. statt der vom Reichswirtschaftsministerium eingeleiteten 15 Pf. angenommen werde, sich die Kommission vielmehr der Gefahr aussetze, die Bergschäden unterschätzt zu haben, als der gegenteiligen Möglichkeit. Das Sondergutachten von Dr. Baade lehnt diese Auffassung durchaus ab; in ihm werden die Sachverständigenauslagen einer methodischen Kritik unterworfen, und es wird auf Grund der Interessenslage der vernommenen Sachverständigen darauf hingewiesen, daß es sich bei ihren Angaben um stark subjektiv gefärbte Meinungsäußerungen handle. Es wird die Auffassung vertreten, daß der vom Reichswirtschaftsministerium ermittelte Durchschnittssatz von 15 Pf. je Tonne den tatsächlichen gegenwärtigen Verhältnissen entspricht.

Mehrheit verlangt unsinnige Abschreibungen.

Der wichtigste Streitpunkt war nun die Bemessung der Abschreibungen, die der vorerwähnten Kostenrechnung zuzuschlagen sind. Das Reichswirtschaftsministerium hat je mehreren Jahren mit einem Satz von 1,25 M. je Tonne gerechnet. Entscheidend für das Ergebnis, zu dem man bei einer rechnungsmäßigen Prüfung der Abschreibungsquote gelangt, ist natürlich die grundsätzliche Aufgabe, die man den Abschreibungen zuweist.

Das Mehrheitsgutachten betrachtet die Abschreibung als einen Betrag, den bei ordnungsmäßiger Wirtschaft jedes Produkt übrig lassen muß, um auf diese Weise die durch Verschleihen oder Verfall im Laufe der Zeit verminderten Anlagewerte in ordnungsmäßiger Weise zu ersetzen, d. h. in einer Gestalt, daß eine normale Rationalisierung, die lediglich eine Kapitalerhaltung und nicht eine Kapitalvermehrung oder Kapitalverminderung einschließen soll, möglich ist.

Hier taucht der außerordentlich unklare Begriff einer „normalen Rationalisierung“ auf. Wo die Grenzen zwischen normaler und unnormaler Rationalisierung liegen, bleibt ein Geheimnis der Betriebswirtschaft; uns scheint, daß eine „normale Rationalisierung“ eine ebenso unbrauchbare Konstruktion ist, wie auf anderen Gebieten der berühmte und berühmteste „Normalensatz“. Die Kommission hat aber von diesem Begriff ausgehend Berechnungen für Anlagewerte und Abschreibungsprozente vorgenommen auf Grund von Anlagen, wie sie bei einer bestimmten Leistungskraft sein sollten und unter Zugrundelegung von Wiederbeschaffungskosten auf Grund der Preisangaben der Lieferwerke. Neben einer Abschreibung auf den Grundbesitz wird ferner eine Abschreibung auf die Wertwohnungen berücksichtigt, die damit begründet wird, daß die Wohnungsmieten nicht hinreichen, um etwas für Abschreibungen übrig zu lassen. Aus dieser Summierung der Abschreibungen ergibt sich für die Mehrheit der Kommission eine durchschnittliche Abschreibung von 1,74 M. pro Tonne als angemessen.

Das Sondergutachten des Genossen Dr. Baade kommt in diesem Punkt zu einem radikal anderen Ergebnis. Während das Mehrheitsgutachten es für nötig hält, die traditionelle Abschreibungsrate von 1,25 M. wesentlich heraufzusetzen, kommt Dr. Baade zu dem Ergebnis, daß der angemessene Abschreibungssatz erheblich unter diesem traditionellen Satz liegt, und zwar bei 1,04 M. pro Tonne. Dr. Baade geht davon aus, daß die Abschreibungen grundsätzlich von den gegenwärtigen Produktionsanlagen, und zwar von den heutigen Wieder-

beschaffungskosten ausgehen müssen. „Die überhöhten Abschreibungsätze, die von Unternehmerseite in der Diskussion genannt wurden, erklären sich“, so heißt es in dem Sondergutachten, „zum großen Teil daraus, daß man darunter den Wert derjenigen Anlagen versteht, die man als Ersatz für ausgediente Anlagen beschaffen möchte und zu beschaffen pflegt. Hierbei handelt es sich aber nun nicht um Anlagen von der gleichen Art oder der gleichen Leistungsfähigkeit und den gleichen Betriebskosten wie die bisherigen, sondern fast durchweg um Anlagen, die technisch verbessert, unter Umständen auch leistungsfähiger sind als die bisherigen, vor allem aber, auf die Einheit des Produkts bezogen, mit geringeren laufenden Kosten arbeiten.“ Baade hebt dann hervor, daß selbstverständlich die Notwendigkeit dieser fortgesetzten Modernisierung voll anerkannt wird. Diese Anerkennung besage jedoch nicht, daß die Modernisierung und die Schaffung leistungsfähiger und kosten sparender Einrichtungen nur aus Abschreibungen zu bestreiten seien, am allerwenigsten aus Abschreibungen, die den Bestandteil einer Selbstkostenrechnung bilden. Soweit eine Neuanlage teurer ist und erfolgreicher arbeitet, als die alte Anlage, handelt es sich nicht nur um einen bloßen Ersatz, sondern um einen Anlagenzuwachs.

Wollte man hier die Abschreibung so bemessen, daß nicht nur Anlagen von gleichem Wert, sondern wertvollere und erzielbare Anlagen geschaffen werden können, so würde man Unvergleichbares zu kombinieren versuchen, nämlich die hohen laufenden Lasten, die auf der weniger leistungsfähigen alten Anlage beruhen mit dem Kapitaldienst für die neuen Anlagen, deren Sinn es ja gerade sein soll, die laufenden Lasten zu senken.

Dieser Grundsatz wirkt natürlich auch auf die Beurteilung der Lebensdauer, die der Abschreibung zugrunde zu legen ist.

Die Mehrheit für Selbstfinanzierung.

Die Mehrheitsmethode will die Gegenwart mit Abschreibungsätzen belasten, die in Wirklichkeit der Selbstfinanzierung von verbesserten neuen Anlagen dienen. Die andere, wie uns scheint, für eine Selbstkostenberechnung allein zulässige Methode unterscheidet scharf zwischen den Abschreibungsätzen, die der Produktion beim gegenwärtigen Stande der Technik zuzurechnen sind, und den Aufwendungen für die künftige Modernisierung, die Kapitalaufwendungen sind und in den Abschreibungsätzen erst nach dem Kapitalaufwand ihren Ausdruck finden dürfen.

Das Sondergutachten weist ausdrücklich darauf hin, daß auch der von ihm errechnete Satz von 1,04 M. noch gewisse stille Reserven insofern enthält, als die eingeschätzten Wiederbeschaffungswerte auf den eigenen Schätzungen der betroffenen Werke beruhen, und insofern nicht nur eine Erhaltung der heute in Betrieb befindlichen Anlagen, sondern bereits eine gewisse Modernisierung berücksichtigen. Abschreibungen auf Grundbesitz hält Baade für unangebracht, ferner lehnt er es ab, Abschreibungen auf den Bestand an Wertwohnungen als einen Bestand der Kohlen selbstkosten anzuerkennen.

Wenn sich hier also in der Abschreibungsfrage auf Grund der theoretischen Errechnungen der Hauptgegenstand in den Meinungen ergab, so hätte die Analyse der Rentabilitätsberechnungen auf Grund der Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen für 1926, die die Kommission trotz aller Bedenken auf Grund der unzureichenden Publizität vergleichend herangezogen hat, vielleicht einen Prüfstein abgeben können für das Maß, in dem die eine oder andere Berechnung der praktisch von den Werken befolgten Auffassung entspricht. Diese Schlussfolgerung ist aber in dem Mehrheitsgutachten aus der an sich sehr problematischen Besprechung der einzelnen Bilanzen keineswegs gezogen. Vielmehr geht das Mehrheitsgutachten bei diesen Besprechungen im allgemeinen so vor, daß es versucht, wie uns scheint mit gänzlich unzulänglichen Mitteln, abzuschätzen, inwieweit der Zugang auf den Anlagekonten der wirklich erfolgten Vermehrung oder Modernisierung der Anlagen entspricht, und indem es die ausgewiesenen Abschreibungen auf die Produktion umrechnet. Dabei zeigt sich, daß in einigen Fällen die Abschreibungen, die tatsächlich vorgenommen worden sind, über dem auch im Mehrheitsgutachten berechneten Durchschnittssatz liegen. In den meisten Fällen aber liegen die tatsächlichen Abschreibungen auf die produzierte Tonne wesentlich unter den Sätzen des Mehrheitsgutachtens, ja oft auch zum Teil erheblich unter den Sätzen der Abschreibung, wie die das Baadesche Gutachten berechnet. Die Kommission zieht aber aus diesen starken Abweichungen der Bilanzergebnisse gegenüber der theoretischen Berechnung nicht

etwa den Schluß, an der Verlässlichkeit ihrer Berechnungen zu zweifeln, sondern sie bemerkt in jedem einzelnen Falle, in dem die tatsächliche Abschreibung hinter der errechneten Durchschnittsabschreibung zurückbleibt, daß also die vorgenommene Abschreibungen unzureichend waren, und sie schließt dann weiter, daß die ausgewiesenen Gewinne bei den untersuchten Gesellschaften noch um erhebliche Abschreibungskosten gekürzt werden müßten. Wie weit auf der anderen Seite die Gewinne zu erhöhen wären um stille Reserven, die gebildet worden sind, läßt sich aus den Bilanz-Analysen nicht ersehen. Denn das Mittel, die als Lasten verbuchten Anlagezugänge abzuschätzen durch einen Vergleich zwischen Anlagebuchwerten und Produktion erscheint außerordentlich grob, da z. B. aus der Bilanz gar nicht zu ersehen ist, zu welchem Zeitpunkt in einem Jahre der Zugang der Anlagen erfolgte, und ob es deshalb irgendwie zugänglich ist, die Zugänge dieses Jahres zur Produktion des gleichen Jahres in eine Beziehung zu setzen. Man wird deshalb es als sehr milde ausgedrückt bezeichnen können, wenn Dr. Baade in seinem Sondergutachten davon spricht, daß er die Auswertung dieser Bilanzen für ein „Material von eingeschränkter Beweiskraft“ hält.

Problematische Kosten und Erlöse.

Stellt man nun die Selbstkostenberechnungen der Erlösrechnung gegenüber, so ergibt sich, daß das Mehrheitsgutachten zu der Auffassung gelangt, daß auf die Tonne abschlagfähiger Förderung ein Verlust von 0,27 Mark zu errechnen sei, während nach dem Sondergutachten Dr. Baades ein Gewinn von 0,58 Mark pro Tonne verbleibt.

Die Stichhaltigkeit der zu Grunde gelegten Selbstkosten und Erlösrechnungen bleibt in vieler Beziehung problematisch. Besonders wichtig ist deshalb, daß das Gutachten von Dr. Baade zum Schluß zur Beurteilung der wirklichen Rentabilitätslage darauf hinweist, daß die ganze Selbstkostenrevision darauf eingestellt sei, durchschnittliche Selbstkosten durch durchschnittliche Erlöse gegenüberzustellen, während gerade der Bergbau dadurch gekennzeichnet werde, daß er nicht mit durchschnittlichen, sondern mit außerordentlich stark differenzierten Selbstkosten zu rechnen habe.

„Wenn für den Durchschnitt der Betriebe nur ein mäßiger Ausgleich zwischen Selbstkosten und Erlös gegeben ist, so muß für einen gewissen Anteil von Grenzbetrieben eine hoffnungslose Unrentabilität vorliegen. Daß im Ruhrkohlenbergbau solche Grenzbetriebe mit allzu hohen Selbstkosten und allzu niedrigen Erlösen auch nach dem Ausbesserungsprozeß der letzten Jahre noch immer vorhanden sind, ist nicht zweifelhaft. Dieser Ausbesserungsprozeß ist noch keineswegs zum Ende gekommen, und er wird sich zweifellos noch eine längere Zeit hinziehen... Wenn also aus der Selbstkostenprüfung hervorgeht, daß der Durchschnitt der Betriebe nur eben außer den laufenden Lasten die nötigen Abschreibungen und eine mäßige Kapitalverzinsung aufbringen kann, und daß infolgedessen logischerweise eine größere Anzahl von Grenzbetrieben weder Kapitalzinsen noch Abschreibungen herauswirtschaften können, so bedeutet dieses für den Bergbau, dessen Rationalisierungs- und Zusammenlegungsprozeß noch nicht abgeschlossen ist, nur einen durchaus normalen Zustand. Es wäre völlig verfehlt, durch gewaltsame Preiserhöhung oder Beschränkung der natürlichen Lohnentwicklung etwa eine ‚Rentabilität‘ auch für die Grenzbetriebe herbeiführen zu wollen.“

So kommt Baade aus den Kommissionsverhandlungen zu dem Schluß, daß für eine Politik der Selbstkostensenkung unter dem Zwang des sozialen Fortschritts im Ruhrkohlenbergbau auch ohne Preiserhöhung noch gewisse Möglichkeiten vorhanden seien.

Die Lohn- und Preispolitik im Bergbau kann sich nicht in einer schematischen Anwendung von Durchschnittsrechnungen, selbst wenn sie, was schwer erreichbar ist, richtig ausgemacht sind, erschöpfen, sondern sie muß stets mit berücksichtigen, in welcher Richtung der Druck liegen muß, der zur besten Gestaltung der Produktionsverhältnisse in dem Gesamtgewerbe ausgeübt werden muß. Deshalb kann auch dieses in dieser Beziehung unzulängliche, in seinen Mehrheitsergebnissen zum Teil den Einfluss der Interessenten als Kommissionsmitglieder deutlich spiegelnde Gutachten, die berechtigten Forderungen der Bergarbeiter nach erträglichen Löhnen durchaus nicht erschüttern.

Zu den Stilllegungen im Ruhrgebiet.

Eine ungenügende preussische Erklärung.

Wir haben gestern die Meldung aus dem Ruhrgebiet gebracht, daß das Rheinisch-Westfälische Kohlenbündnis und der Zechenverband auf die vom Landtag der preussischen Regierung aufgebundene Verhinderung der Stilllegung von Deimelsberg und eventuelle Kreditgewährung an Deimelsberg Einfluß genommen haben. Das Preussische Handelsministerium stellt durch den Amtlichen Preussischen Pressedienst fest, daß keiner der derzeitigen Einflüsse ausgeübt worden sind. Die Wirtschaftlichkeit des Weiterbetriebes auf Johann Deimelsberg sei lediglich nach sachlichen Gesichtspunkten geprüft worden; diese seien vor Vertretern der Presse und Gewerkschaften offen dargelegt worden.

Die letzte Bemerkung über die Information der Presse und der Gewerkschaften kann natürlich deshalb nichts beweisen, weil die gesamten Vorgänge bis zur Genehmigung der Stilllegung allein von der preussischen Regierung selbst nachgeprüft werden können. Angesichts der außerordentlich schweren Lage der betroffenen Belegschaften, die durch weitere Stilllegung für das ganze Gebiet noch verschärft wird, kann ein Dementi nicht viel nützen. Es liegt ja der preussischen Staatsregierung auch noch die Anfrage der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Otter und Klupsch-Dortmund vor, was Preußen gegen die beabsichtigte Stilllegung von Deimelsberg und Zentrum IV-VI zu tun gedenke, und ob das Staatsministerium die vom Preussischen Landtag gefassten Beschlüsse ausführen will. Darauf hat das Preussische Handelsministerium ebenfalls die Antwort noch zu geben. Unsere Forderung nach einer sofortigen gründlichen Untersuchung aller Zusammenhänge ist also durch das preussische Dementi noch keineswegs überflüssig geworden.

Keine Verkaufsnot der Landwirtschaft.

Noch überraschend große Bestände in ihren Händen.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat veröffentlicht zum 15. März die Prognosen, die sich von der Gesamternte des vorigen Jahres noch in den Händen der Landwirte befinden. Diese Bestände liegen durchweg beträchtlich höher als vor einem Jahre. Es befanden sich gegenüber dem 15. März 1927 noch unverkauft in den Händen der Landwirte: Winterweizen 28,9 gegen 18,2 Proz., Sommerweizen 49,7 gegen 28,1 Proz., Winterroggen 23,3 gegen 21,4 Proz., Kartoffeln 35,8 gegen 30,9 Proz. Nur bei Winter- und Sommergerste lagen die Bestände etwas niedriger, bei Hafer sind sie noch etwas höher. Das gleiche ergibt sich im ganzen Reich für die zum Verkauf verfügbaren Bestände.

Daraus zeigt sich immer deutlicher, auch wenn man die schlechtere Qualität der vorigen Ernte noch so sehr berücksichtigt, daß von einem Verkaufsdruck im Durchschnitt des Reiches keine Rede sein kann. Es ergibt sich die kaum glaubliche Tatsache, daß unerhörte Kundemonstrationen, die unter der Landbundführung teilweise an Berdrehen grenzten, mit im ganzen außerordentlich günstigen Beständen zusammenfallen. Dabei werden gegenwärtig für deutsches Getreide noch nie vorhandene Rekordpreise erzielt, so daß aus dem Verkauf des Getreides entsprechend hohe Rekordpreise zu erwarten sind. Es ist kaum möglich, den demagogisch-politischen Charakter der Reichslandbundaktion deutlicher zu unterstreichen, als es in diesen wenigen Zeilen geschieht.

Der Bescheidene hat nie genug.

Der Geschäftsbericht der Gesellschaft für Lindes Eismaschinen, eines führenden Konzerns in der Eismaschinenindustrie, malt das vergangene Konjunkturjahr grau in grau. Danach konnte nach dem Auslande nur ein ganz bescheidener Umsatz erzielt werden, da überall die niedrigen Weltmarktpreise hindernd im Wege standen, und auch im Inlande blieb das Gesamtsergebnis unbefriedigend, weil die unter schärfstem Druck der Konkurrenz erzielten Preise den Herstellungskosten nicht angemessen waren.

Aus diesen Klagekliegern Jeremia bekommt man den Eindruck, daß der Konzern 1927 hart am Verfaß vorbeigekommen sei, und ist

natürlich bei der Durchsicht der Bilanz einigermaßen über-talcht. Da entdeckt der durch den Geschäftsbericht ganz erschlagene Leser, daß die Rohertträge aus Werten, Patenten und Beteiligungen von 7,2 auf über 10 Mill. Mark gestiegen sind, und daß trotz erhöhter Abschreibungen und zwei neuer Rückstellungen von fast 600 000 M., noch ein Reingewinn von 2,4 gegen 1,8 Mill. Mark verbleibt, so daß die Dividende von 10 auf 12 Proz. herauf-gesetzt werden kann. Wir wissen nicht, wie hoch eine Dividende bemessen sein muß, um auch einmal die Unternehmer zufriedenzustellen; jodelt aber steht fest, daß die an die Aktionäre gezahlten 12 Proz. einen sehr hohen Gewinn darstellen. Und die sieben Mit-glieder des Aufsichtsrats merben sich doch wohl mit ihren 141 000 M. Lantlemen auch nicht beklagen?!

Rohlenförderung steigt.

Auch noch im März.

Die letzten Mitteilungen über die Lage des deutschen Bergbaues im Monat März zeigen die überraschende Tatsache, daß trotz des bevorstehenden Sommergeschäftes im Monat März die arbeits-tägliche Förderung im Ruhrbergbau noch etwas höher ist als im Februar. An 27 Arbeitstagen des Monats März wurden 10,86 Millionen Tonnen gefördert, während der Februar an 25 Arbeitstagen eine Förderung von 10,05 Millionen Tonnen aufwies. Die arbeits-tägliche Märzförderung liegt also mit 402,14 Tonnen noch um eine Tonne höher als die Februar-förderung.

Zeichnungsaufforderung

auf

RM 50 000 000.—

7% Deutsche Kommunal-Gold-Schatzanweisungen von 1928

der Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes mit seiner Bankanstalt der Deutschen Girozentrale — Deutschen Kommunalbank — rückzahlbar zum Nennwert am 1. April 1931

(1 Reichsmark = $\frac{1}{1000}$ kg Feingold)

Stückelung: RM 10 000.—, 5000.—, 2000.—, 1000.—, 500.—.

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband hat die ministerielle Genehmigung erhalten, in Gemeinschaft mit seiner Bankanstalt, der Deutschen Girozentrale — Deutschen Kommunalbank, — Berlin, eine Inhabersanleihe in Form von Kommunal-Schatzanweisungen auf den Inhaber im Inlande bis zum Betrage von 50 Millionen Reichsmark aufzulegen, wobei für jede Reichsmark der Preis von $\frac{1}{1000}$ kg Feingold zu rechnen ist.

Der Erlös der Schatzanweisungen ist zur Gewährung von Darlehen an deutsche Kommunalverbände zu verwenden.

Die bisher angebotenen Deutschen Kommunal-Goldanleihen sind vom Reichs-rat für reichsmündelsicher erklärt worden. Für die vorliegenden Schatzanweisungen ist ein entsprechender Antrag beim Reichsrat gestellt worden.

Für die Sicherheit der Schatzanweisungen haften der Deutsche Sparkassen- und Giroverband, sowie seine Bankanstalt, die Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank — in Berlin, und die ihm angeschlossenen deutschen kommunalen Giroverbände, sowie deren Bankanstalten, Girozentralen, mit ihrem gesamten Vermögen gemäß § 5 der Verbandssatzungen. Für die Sicherheit der Verbindlichkeiten der kommunalen Giroverbände haften wiederum die in ihnen vereinigten Kommunal-verbände (Städte, Kreise und größere Landgemeinden) mit ihrem Vermögen und ihrer Steuerkraft. In den Provinzen, in denen kommunale Giroverbände nicht bestehen, haften die angeschlossenen Landesbanken, hinter denen die Provinzen mit ihrem Vermögen und ihrer Steuerkraft stehen.

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts. Sein gesamter Geschäftsbetrieb steht unter Staatsaufsicht. Die Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank — ist die Bank Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes und gleichzeitig öffentliche Bankanstalt. Die Zinsen werden halbjährlich am 1. April und 1. Oktober jedes Jahres, erstmalig am 1. Oktober 1928 gegen den jeweils fälligen Zinsschein gezahlt.

Die Rückzahlung erfolgt am 1. April 1931 zum Nennwert. Die Schatzanweisungen sind lombardfähig bei der Deutschen Girozentrale — Deutschen Kommunalbank — in Berlin, bei den der Deutschen Girozentrale — Deutschen Kommunalbank — angeschlossenen Girozentralen und Landesbanken, sowie bei sämtlichen deutschen Sparkassen. Die Zulassung der Schatzanweisungen zum Handel und zur Notiz an der Börse zu Berlin wird be-tragt werden.

Die unterzeichneten Banken und Bankfirmen legen hiermit die vorstehend bezeichneten

RM 50 000 000.—

7% Deutsche Kommunal-Gold-Schatzanweisungen von 1928

des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes mit seiner Bankanstalt der Deutschen Girozentrale — Deutschen Kommunalbank — rückzahlbar zum Nennwert am 1. April 1931 (1 Reichsmark = $\frac{1}{1000}$ kg Fein-gold) zur öffentlichen Zeichnung unter folgenden Bedingungen auf:

Zeichnungen werden

vom 20. bis 26. April 1928 einschließlich

bei den nachstehend aufgeführten Banken und Bankfirmen während der üblichen Geschäftsstunden ent-gegengenommen. Vorzeitiger Schluß der Zeichnung bleibt vorbehalten.

Der Zeichnungspreis beträgt

96 $\frac{1}{2}$ %

zusätzlich Stückzinsen vom 1. April 1928 bis zum Zahlungstage unter Abzug der Kapitalertragsteuer.

Die Börsenumsatzsteuer (Schlußscheinsteuer) geht zu Lasten der Zeichner.

Die Zeichnungsgestellten behalten sich die Höhe der Zuteilung vor. Zeichnungen mit mindestens sechsmonatiger Sperrverpflichtung werden vorzugsweise berücksichtigt.

Die Besahlung der zugestellten Stücke hat in der Zeit vom 1. bis 3. Mai 1928 zu erfolgen.

Die Zeichner erhalten zunächst von der Zeichnungsstelle ausgestellte Kassenquittungen, gegen deren Rückgabe die endgültigen Stücke alsbald nach Fertigstellung ausgehändigt werden.

Anmeldungen auf bestimmte Abschnitte können nur soweit berücksichtigt werden, als dies den Zeichnungsgestellten angängig erscheint.

Ausführliche Prospekte sind bei den Zeichnungsgestellten erhältlich.

Im April 1928.

Berlin, Braunschweig, Breslau, Dresden, Düsseldorf, Essen, Frankfurt (Main), Hamburg, Karlsruhe, Köln, Leipzig, Mannheim, München, Nürnberg.

Preußische Staatsbank Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank —

(Seehandlung), zugleich namens der angeschlossenen Girozentralen und Landesbanken.

Berliner Handels-Gesellschaft, S. Bleichröder, Delbrück Schickler & Co.

Commerz- und Privat-Bank Reichs-Kredit-Gesellschaft Darmstädter und Nationalbank

Aktiengesellschaft, Aktiengesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien.

Deutsche Bank, Deutsche Landesbankzentrale A.-G., Direction der Disconto-Gesellschaft.

Dresdner Bank, E. Heilmann, Mitteldeutsche Creditbank, J. Dreyfus & Co.

Hardy & Co., F. W. Krause & Co., Bankgeschäft

Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Kommanditgesellschaft auf Aktien.

Gebr. Arnhold, Simon Hirschland, Sächsische Staatsbank, Gebrüder Bethmann.

Braunschweigische Staatsbank, Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp.

(Leihhausanstalt), Kommanditgesellschaft auf Aktien.

Deutsche Effecten- und Wechsel-Bank, Lincoln Menny Oppenheimer, Jacob S. H. Stern.

Lazard Speyer-Ellissen, L. Behrens & Söhne, Norddeutsche Bank in Hamburg.

Vereinsbank in Hamburg, M. M. Warburg & Co., Veit L. Homburger, Straus & Co.

A. Levy, Sal. Oppenheim jr. & Cie., A. Schaaffhausen'scher Bankverein A.-G., J. H. Stein.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, H. Aufhäuser, Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.

Rheinische Creditbank, Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, Bayerische Staatsbank.

Bayerische Vereinsbank, Merck, Finck & Co., Anton Kohn.

Deutsche Vereinsbank

Kommanditgesellschaft auf Aktien.

Als Zeichnungsgestellten in Berlin wirken außerdem mit:

Brandenburgische Provinzialbank und Girozentrale und

Berliner Stadtbank — Girozentrale der Stadt Berlin.

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

Regelmäßige direkte Abfahrten mit Doppelschrauben-Dampfern für Reisende u. Auswanderer von Bremen nach

CANADA

Nähere Auskunft über Einreisebedingungen u. Abfahrten erteilt

Berlin: Norddeutscher Lloyd, Agentur Berlin, G. m. b. H., Unter den Linden 1 (Hotel Adlon), Fernspr.: Zentr. 122,30 u. 122,31. F. Montanus, Generalvertretung d. Norddeutschen Lloyds, Invalidenstr. 93 (zwischen Lehrter u. Stettiner Bahnhof), Fernsprecher Norden 12,241 und 7916. Weitzsche Bureau „Union“, Unter den Linden 22.

Potsdam: E. Köster, Brandenburger Straße 32.

Wöch. Teilzahlung

Eleg. Herren- u. Damen-Hoden

fertig und nach Maß

zu außergewöhnlich billigen Preisen

Gerätee 1. guter Sitz u. gute Verarbeitung

Julius Fabian

Mahschneiderel

Große Frankfurter Str. 37

Kein Laden! Nur II. Etage!

Genau auf Straße und Hausnummer achten!



BAER-SOHN Marke Arbaer Hosen



Herrenhosen gestreift, a. haltbar, kammgarn-art. u. Satinstoff., 8.—, 6.90, 5.25, 4.25
Culhosen mod. Streifenmuster a. Cheviot u. kammgarn-art. in Stoffen 18.50, 17.—, 15.—
Spezialhosen aus l. ungewebten Cottbuser Cheviotstoffen, Material und Reißkraft geprüft 19.50
Gestreifte Hosen Maßsatz, a. Aachen, Kammgarn 33.—, 30.—, 26.—
Tennis- und Strandhosen aus mod. farbenem und helldrauem Wollcheviot, modern gemustert, z.T. mit unsem. ges. gesch. Bundschluß je nach Qualität u. Art 24.—, 22.—, 19.50
Jünglingshosen kosten 10 Prozent weniger, Uebergrößen 10 Prozent mehr
Knabenkniehosen mit Rundbd. v. 2.75
Leibchenhosen von 1.80

Herrenbreeches aus Homespun 5.00
Knickerbocker in mod. Farben von 10.50
Kordbreeches grau und braun 8.—
Manchesterbreeches verschied. Farb. 11.50

Baer Sohn A.-G.
Chausseestraße 20-30

ATA
fegt den Schmutz hinweg!
Ata ist preiswert und gut!
Ata ist das gute Scheuermittel!

Vereinskrankenkasse d. Tischlerinnung zu Berlin
Bekanntmachung
Die ordentliche Wahlprüfung der Vertreter der Hausmischer und der Innungsmischer findet am Montag, dem 30. April, um 18 Uhr (6 Uhr abends) im Holzschiffverbindungshaus, SO 16, Ringstr. 80, Seitenflügel port. im Sitzungssaal statt.
Wahlordnung: 1. Vorsitz des Vorstandes, 2. Vizepräsident der Jahresrechnung 1927 und Bericht des Rechnungs-ausschusses, 3. Bericht des Vorstandes.
Der Vorstand
Otto Grönu, Vorsitzender
Richard Witting, Schriftführer

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung!
Die Kollegen des 3. und 7. Bezirks treffen sich zur Besichtigung der Arbeiter-Wohlfahrtsausstellung am Sonntag, dem 22. April, nachmittags 10^{1/2} Uhr, Charlottenburg, Gauenhoferstraße 66e, Wandstraße.
Die Ortsverwaltung.

Krause-Pianos zur Miete
W30, Ansbacherstr. 1

„Pieke, was tun Sie, wenn Sie ein Hühnerauge haben?“
— „Ich tu mir Lufrank melden, Herr Leutnant!“ —
„Unsin! „Lebewohl!“ wird verwendet, verstanden? Wie oft soll ich das noch sagen!“

*) Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Ärzten empfohlene Hühneraugen-Lebewohl und Lebewohl-Balsamschnecken, Bleichdose (8 Plaster) 75 Pfg., Lebewohl-Fußbad gegen empfindliche Füße und Fußschwell, Schachtel (2 Bäder) 50 Pfg. erhältlich in Apotheken und Drogerien. Wenn Sie keine Enttäuschungen erleben wollen, verlangen Sie ausdrücklich das echte Lebewohl in Bleichdosen und weisen andere, angeblich „ebenso gute“ Mittel zurück.

Sie können für 25 Pfg. eine gute Zigarre verlangen. Eine sehr gute aber:

Bertwina!
eine köstliche
JUHL
ZIGARRE

Verbandstag der Polizeibeamten.

Für Achtstundendienst — gegen militaristische Methoden.

Der Verbandstag des Allgemeinen Preussischen Polizeibeamtenverbandes befaßt sich am zweiten Verhandlungstage hauptsächlich mit inneren organisatorischen Angelegenheiten.

Einstimmig beschlossen wurde unter anderem, daß sich der Verbandsvorstand bei den zuständigen Stellen dafür einsetzen solle, daß die Fachprüfungen höher bewertet und die Personalausweise bei einer Zentralstelle niedergelegt werden sollen.

Beschloß wird weiter, daß den Polizeiwachmeistern mit mehr als zehn Dienstjahren eine Aufstiegsmöglichkeit gegeben wird.

Der Verbandsvorstand bekam weiter den Auftrag, dafür zu wirken, daß den Beamten, die ihren Dienst in Zivilkleidung versehen, dafür eine besondere Entschädigung gezahlt wird.

Die Delegierten des Verbandstages des Allgemeinen Preussischen Polizeibeamtenverbandes fordern mit Entschiedenheit einen fortschrittlichen und einwandfreien Achtstundendienst, der frei von jedem militaristischen Einschlag ist.

Die Delegierten der Ortsgruppen der Provinzen erklären sich mit ihren Berliner Kollegen solidarisch. Der gesamte Verbandstag erwartet vom Minister des Innern und seinen Sachbearbeitern, daß endlich die 48-Stundenwoche mit achtstündiger Arbeitszeit ohne alle Nebenleistungen, die stets Überdienst darstellen, für ganz Preußen einheitlich eingeführt wird.

Weiter erwartet der Verbandstag vom Minister des Innern, daß er gegen alle Stellen, die sich in dieser Angelegenheit als hemmende Hürde erweisen, das Erforderliche veranlaßt.

Die Rache des Herrn Kauscher.

Ein „Heldenstück“ des Potsdamer Oberbürgermeisters.

Wir haben in unserer Sonntagsausgabe berichtet, welchen Erfolg der Potsdamer Oberbürgermeister Kauscher mit seinem berühmten „Gruberlaß“ bei den Straßenbahnern erzielt hat.

Am Sonnabend nun wurden die bei den Betriebsratswahlen an den beiden vorbeigehenden Tagen abgegebenen Stimmen durchgezählt.

Ein volles Jahr im Lohnkampf.

Der erbitterte Streik im amerikanischen Weichkohlenbergbau.

Am 1. April begann das zweite Jahr des Streiks im amerikanischen Weichkohlenbergbau. Man möchte eigentlich von mehreren Streiks sprechen, weil der Streik in verschiedenen Bezirken zu verschiedenen Zeitpunkten und zum Teil unabhängig von den anderen Bezirken ausgebrochen ist.

beiter steht aber schon seit dem 1. April 1927, wo die Frist des sogenannten Nationaler-Abkommens abgelaufen war, in einem sorgfältig vorbereiteten und planmäßig durchgeführten Streik.

In der letzten Zeit hörte man bei uns viel zu viel von den hohen amerikanischen Löhnen und viel zu wenig von den erbitterten Lohnkämpfen Amerikas.

Öffentl. Kundgebungen

Heute, Freitag, 20. April:

Weißensee. 10 1/2 Uhr in der Festhalle, Viktoriusstraße. Redner: Dr. Julius Moses, MdR.

Niederschönhausen. 10 1/2 Uhr im Lokal „Sanssouci“, Nordend, gegenüber dem Straßenbahnhof. Vorführung des Mahlfilms „Dein Schicksal“. Rednerin: Frau Mathilde Wurm, MdR.

Morgen, Sonnabend, 21. April: Kreuzberg. 17 1/2 Uhr: Antreten zum Werbezug mit Musik, Fontanepromenade. Nach Schluß des Umzuges: Kundgebung unter freiem Himmel. Redner: Otto Meier, MdR.

Sonntag, 22. April: Prenzlauer Berg. 14 Uhr: Großer Werbezug unter Beteiligung des Reichsbanners. Treffpunkt: 13 1/2 Uhr, Braunsberger Straße (am Krenswalder Platz).

Plutokratie leidet den Unternehmern die Unterstützung ihrer Polizei und ihrer Justiz mit den berühmten „injunctions“, d. h. einseitigen Verfügungen. Diesmal hat diese brutale und gewissenlose Kampfführung eine starke Reaktion hervorgerufen.

Ausperrung der Metallarbeiter in Hannover.

Hannover, 19. April.

Der hannoversche Metallindustriellenverband hat die von einem Teilstreik betroffenen Betriebe aufgesperrt, mit dem 19. April ihre reiflichen Belegschaften auszusperren, da die Gewerkschaft die Streikenden nicht zur Wiederaufnahme der Arbeit angehalten habe.

Gesperrte Gastwirtschaften. Wegen Tarifbruch und Nichtbenutzung des öffentlichen Arbeitsnachweises hat der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten folgende Gastwirtschaften für seine Mitglieder gesperrt:

Volker-, West- und Schachmeisterband. Cohn- und Tarfgebiet Groß-Berlin. Ab 4. April 1928 erhöhen sich die Gehalts- bzw. Lohnsätze wie folgt: Das Mindestgehalt für Poliere beträgt 88,40 M.; der Mindestmonatslohn für Hiffspolierer beträgt 81,50 M.

Jugendgruppe des SPD. Heute, Freitag, sind folgende Veranstaltungen: Werksleiter für die Schulklasse in Süder-Tempelstr. 10 Uhr.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Heute, Freitag, 19 1/2 Uhr, laden die Gruppen: Korbhagen Grundschule, Jugendheim Ostkreuzer Str. 10, Arbeiterklub, Lehrer, wie ihm der Schnabel gewöhnt.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einladungen für diese Nacht nur an das Jugendheim, Berlin SW 66, Lindenstraße 3

Politischer Informationsabend.

Montag, 23. April, 19 1/2 Uhr, im Saal 12 des Preussischen Postlages, Prinz-Albrecht-Straße. Referent des Genossen Dr. Rudolf Weisbach über „Die politische Lage und die Massen.“

Wir beteiligen uns alle an der Flugblattverbreitung am Sonntag, 22. April. Jeder geht in die zuständige Parteibteilung. Öffentliche Verteilungsveranstaltungen sollen aus am Mittwoch, 26. April, wegen der Parteikundgebung im Sportplatz; am Montag, 30. April, wegen der Demonstration unserer Organisation durch Schöneberg.

Heute, Freitag, 20. April, 19 1/2 Uhr:

Kaufhaus Vorplatz: Beim Schilder Str. 25, „Arbeiterlichter“. Zentrum: Beim Sandberger Str. 40, „Unter Sternen“. — Wochst 1: Schule Waldener Str. 21, „Jugend und Gewerkschaft“. — Wochst 11: Beim Lehrte Str. 18-19, „Berufshilfen“. — Freitag 11: Schule Sonnenburger Straße 20, „Die politischen Parteien am 20. Mai“. — Wochst 12: Beim Altkirch Str. 4-5, „Der 1. Mai“. — Schöneberg: Beim Preussischen Platz 5-6, „Alkohol und Nikotin“. — Korbhagen: Beim Dänischer Str. 62, Barock 2, „Wendel der Urzeit“. — Weissensee: Beim Dänischer Str. 62, Barock 2, „Wendel der Urzeit“. — Schöneberg: Beim Dänischer Str. 62, Barock 2, „Wendel der Urzeit“.

Verbelegte Reulika: Angere D.V.B.-Sitzung. Wichtige Tagesordnung. Beginn pünktlich 19 1/2 Uhr. Erscheinung aller 18 Plätze. — Achtung! Am Sonntag beteiligen sich alle Genossen und Genossinnen an der Flugblattverbreitung der Partei.

Öffentliche Werbeveranstaltungen, 19 1/2 Uhr:

Heute, Freitag: Haus-Wochst: Jugendfeier in der Schulaula Waldener Str. 19. Redner: Jugendleiter in der Schulaula Waldener Str. 19-182. Zentrum: Werbeabend in Hermanns Festhalle, Keller-Wilhelm-Str. 29-31. Programm: Musik, Gesang, Rezitationen, Ansprache u. a. m.

Morgen, Sonnabend:

Hakenheide: Jugendfeier in Rahes Festhalle, S. 26, Fiedlerstr. 20. Hakenheide: Beche- und Elternabend in Hakenheide-Str. Kottbus Festhalle, Fiedlerstr. 7. Werksleiter: Sonntag, 23. April, Wochst 11: Unter Jugendtag, Schulaula Frankfurter Allee 27. Anfahrtsbeitrag 50 Pf. Anfang 20 Uhr.

Verbelegte Prenzlauer Allee: Alle die Genossen, die als Hakenheide in der Kammerstraße mitwirken wollen, treffen sich morgen, Sonnabend, im Heim Dänischer Str. 62. Es wird gewünscht, daß sich recht viele Genossen hierzu melden.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Scholtzstr. 27/28, Hof 2 Zz. Freitag, 20. April, Charlottenburg, Rameserbühl: Vortrag: „Die Bedeutung des Reichsbanners“.

Schwarz-Rot-Gold: Freitag, 20. April, Charlottenburg, Rameserbühl: Vortrag: „Die Bedeutung des Reichsbanners“.

Meine Damen! Meine Herren! Nicht die Kenntnis der Orte interessiert Sie, wo der Tabak wächst, auch nicht die internen Einzelheiten der Mischung und Herstellung einer Zigarette. Sie wollen einzig und allein von einer Zigarette wissen, dass sie Genuss bereitet und bekömmlich ist. Rauchen Sie daher die weit verbreitete ENVER BEY GOLD 5/8 Die Zigarette des guten Geschmacks

Mifa

DAS MARKENRAD AB FABRIK

Der Weg zur Arbeit -

bisher eine schwere Plage für Ungezählte. Unnützes Warten, unbequemes Gedränge in öffentlichen Verkehrsmitteln oder ein zeitraubender Weg zu Fuss. Sie können Ihr Geld besser anlegen. Kaufen Sie ein Mifa-Markenrad und Ihr Weg zur Arbeit ist

jetzt eine Freude

Sie zahlen Wochenraten von 2,50 M an, also sicherlich weniger als bisher für Ihre Fahrten, und sind in kurzem Besitzer eines anerkannt hochwertigen Rades.

Kassenscheine 64 - 85 - 105 M usw.

MIFA-

Fabrik-Verkaufsstellen:

Berlin NW 7, Schiffbauerdamm 1; NW 21, Turmstr. 3 (gegenüber vom Kriminalgericht); N, Chaussees 7, 37; N 54, Schönhauser Allee 177; O 34, Petersburger Straße 8; SW 61, Belle-Alliance-Str. 6; SW 68, Alexandrinenstr. 18; Charlottenburg, Tauboggenstr. 12; Kaiserin-Augusta-Allee 44; Friedenau, Cranzstr. 57, direkt am Wanneseebahnhof; Bin.-Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Straße 89; Neukölln, Friedelstraße 27; Pankow, Schöllstraße 18; Potsdam, Berliner Str. 1; Schöneberg, Barbarossastraße 42; Spandau, Potsdamer Straße 1 a; Tempel, Berliner Straße 15; Tempelhof, Berliner Straße 62.



KATALOG GRATIS

Rundfahrt durch Oberschlesien 15. 4. 1928
Bei schwerstem Unwetter
Manthey Zweiter auf Mifa

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, 20. 4. 28
Staats-Oper
Am Pfl.-Republ.
12-Uhr: Mittags-Sinfoniekonzert
8 U.: 7. Sinfoniek.
Freitag, 20. 4. 28
Städtische Oper
Bismarckstr.
8-Uhr: II. Akt. 7/7
Zauberflöte
Städt. Schillerth.
Charlottenburg
8 Uhr
Ende gut, alles gut
Gespensier

Berliner Theater
Direktion Kuhnert
Dorotheenstr. 30-31, Tel. 171
8 1/2 Uhr
"Die Bollé Sisters"
Ein Berliner Volksstück von
Friedrich Feindl. - Mit
Müller, Les. 1811, 1st. Ost
Die Komödie
Bismarck 2414/7514
8 1/2 U., Ende 10 1/2 U.
Letzte Aufführungen
Marcel Fradelin
Der Eunuuch
Kammerspiele
Norden 12310
8 1/2 U., Ende nach 10
Finden Sie, daß
Constance sich richtig
verhält?

Volksbühne
Theater am Hiltzplatz Th. am Schiffbauerdamm
8 Uhr
Die rote Robe
Der Zigarettenkasten

SCALA
4 Uhr
Vollendung 7266
Das April-Sensations-Programm
mit zum ersten Male in
Deutschland auftretenden
Varieté-Kunstkräften.
Sonnabends u. Sonntags
(2 Vorstellungen:
1. u. 3 Uhr - 2. zu ermäßigten
Preisen für ganze Programm.

Deutsches Theater
Norden 12310
Abonnementbüro:
Norden 10338-39,
8 Uhr, Ende 10 1/2 U.
Pygmalion
von Bernard Shaw
dtsch. v. Sagr. Intimb
Piscatorbühne
Theater am
Nollendorplatz
Kurfürst 2091/93
8 Uhr:
Der letzte Kaiser
von Jean Rich. Bloch
u. Karlheinz Martin
Gastspiel im
Lessing-Theater
Norden 12798
8 Uhr
"Nonjunktur"
v. Leo Lania
Insz. Erwin Piscator

Wintergarten
8 Uhr
das Programm
der
12 Attraktionen 12
Näheres siehe am Säulenring

Komödienhaus
Norden 6304
Tägl. 8 1/2 Uhr
Broadway
Kleines Theater
Tägl. 8 1/2 Uhr
Frau Käthe läßt
sich verführen
Lustspiel v. H. Storm
Klinder, Kettner,
v. Möllendorf
Sonnt. 4 U. Kl. Preise
Tagesantritt der Liebe
Rose-Theater
Gr. Frankf. Str. 132
8 1/2 Uhr:
Die Puppen
Szene, d. wieder leuchten

Komische
8 1/2 Uhr Oper 8 1/2 Uhr
James Klein's
gewaltiges neues
Revue-Stück:
Zieh' dich aus!
209 Mitwirkende.
Vorverkauf ab 10 Uhr
ununterbrochen.

Saltentburg-Bühnen
Dts. Künstler-Th
8 1/2 Uhr:
Schwarz-Weiß
Walhalla-Th.
Weinbergsweg 19/20
8 1/2 Uhr
Tobias Klorke
Bert. Pöschel u. Musik
in Gesang v. Joh. Hoff
Vorzeiger dieses
Zahlen für Parkett
auch Sonntags statt
4,- Mk. nur 60 Pf.
Sonntag nach 4 U.
Die Puppen
Parkett v. 30 Pf. an.

Theater des Westens
Gastspiel
Moskauer jüd.
akad. Theater
Tägl. 8 Uhr:
Die Reise
Benjamins III.
Musikal. Spiel

Residenz-Theater
8 1/2 Uhr:
Fritzi
Musik. Schwanke
Deischaft, Pointner,
Eibenschütz, Götge-
treu, Vespermann,
Maninga.
Für Funkfreunde
halbe Preise.

Lustspielhaus
Jr. Dr. Maria Jäger
8 1/2 Uhr:
Guido Thieltscher
in "Unter
Geschäftsaufsicht"

Planetarium am Zoo
Vertrag, Juchaczewski Str.
No. 1576
16 1/2, 18, 19 1/2, 21 U.
Im Reiche der
Winternachtsstunde
Eintritt 1 M.
Ender erst. 15 Jahre 1, 10

Thalia-Theater
Dresdener Str. 72-73
u. Dykerpoth's Erben
Einen
gesunden
Schlaf
und damit eine
Kräftigung des
gesamten Nervensystems
erzielen
Sie nur durch den
echten
"Baldravin"
Patentart. gesch.
unter Nr. 342684.
Er enthält sticht.
Extraktstoffe d.
Baldrian-Wurzel
in kräftigen Säu-
weinen gelöst. Alle
Nachahmungen,
die als ebenso gut
angeboten werden,
weine man
entschieden zurück.
Zu haben in
Apotheken und
Drogerien.
Hersteller:
Otto Stumpf & S.
Chemnitz.

Grasses
Anfang
8 Uhr
Schauspielhaus
Ende
11 Uhr
REGIE:
CHARELL
MADAME
DOMPADOUR

Theater am Kottbusser Tor
Kottbusser Straße 6, Tel. Mpl. 16077
Täglich 8 Uhr
Sonntag, nachmittags 3 Uhr
Elite-Sänger
Gr. neuer April-Spielplan, u. a.
Die tolle Lolo
von Max Reinhardt
Am Stammloch von B. Croß

Saltentburg-Bühnen
Dts. Künstler-Th
8 1/2 Uhr:
Schwarz-Weiß

Th. I. Admiralspalast
Tägl. 8 1/2 Uhr
Rose Marie

CASINO-THEATER
Lothringer Str. 47
Die schwebende Jungfrau
Ausscheiden - Gutschein 1-4 Pers.
Fauteuil nur 1,10 M., Sessel 1,60 M.

Renaissance-Theater
Steinplatz 91
11 Uhr
Coeur Bube.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Das neue Programm!
Anf. 8 Uhr. Sonnt. nachm.
3 Uhr (halbe Preise).
Dönhoff-Brettli
Das lustige April- Progr.



"20 Jahre jünger" (ges. gesch.)
auch genannt
"Exlepäng"
(ges. gesch.) Gibt grauen Haaren die Jugendfarbe
wieder. "Exlepäng" erhielt die Goldene Medaille
1913. Es färbt nach und nach, also unauffällig,
Kein gewöhnliches Haarfärbemittel, Erfolg
garantiert. "Exlepäng" ist wasserhell, schmutzt
nicht und färbt nicht ab, es fördert den Haar-
wuchs, wovon sich jeder Gebraucher selbst
überzeugen kann. Vollständig unschädlich.
Kinderleicht zu handhaben. Tausende Dank-
schreiben. Von Aerzten, Professoren usw. gebraucht
und empfohlen. "Exlepäng" ist durch seine
vorzögl. Eigenschaften weltberühmt. Preis 12 M.
Für dunkle Haare und solche, welche die Farbe
schwer annehmen. "Extra stark". Preis 12 M.
Nachahmungen weisen man zurück. In Friseur-
geschäften, Parfümerien, Drogerien und Apotheken
zu haben, wo im Schaufenster ausgestellt; wo
nicht, zu haben direkt vom alleinigen Fabrikanten
Parfümeriefabrik Exlepäng
Hermann Schlenker
Berlin N. 90, Bornholmer Straße 7.
Export nach allen Weltteilen.

Henny Porten in Lotte
Die Geschichte vom häßlichen Entlein
Regie: Carl Frolich
Wochenlaga 7 9 15 Sonntag 5 7 9 15
MOZARTSAAL
AM NOLLENDORFPLATZ

Nur echt in diesem
Original-Karton.
Export nach allen Weltteilen.
Enthaarungs-Milch-Creme "Exex",
entfernt überflüssige Haare, ärztlich empfohlen. Tube M. 2,-,
Glasflasche M. 7,-.
Exolin, färbt Augenbrauen und Wimpern, unabwaschbar
und unschädlich. Preis M. 8,- und M. 7,50.